

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)



ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 5307.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

16. Jahrgang

Freitag, 27. März 1936

Nr. 74

Vorlage über die Staatsverteidigung

Einschneidende Bestimmungen für Kriegs- und Friedenszeiten

Prag. Die Regierung hat Donnerstag im Parlament die angekündigten Vorlagen über die Verteidigung des Staates und über die Verschärfung der Strafen für Militärverrat eingebracht. Schon in der kommenden Woche wird sich der Wehrausschuss ausführlich mit der ersten Vorlage zu befassen haben, die zum Teil sehr tief in die private Rechtsphäre des einzelnen Menschen wie der gesamten Wirtschaft eingreift, und zwar zum Teil auch schon im Frieden. Namentlich für das Grenzgebiet sind ziemlich einschneidende Maßnahmen vorgesehen; dadurch werden die Interessen eines großen Teiles unserer deutschen Bevölkerung direkt tangiert.

Eine abschließende Stellungnahme zu dieser umfangreichen Vorlage ist augenblicklich natürlich nicht möglich. Wir wollen daher zunächst nur der bestimmten Erwartung Ausdruck geben, daß die Vorlage von den gesetzgebenden Körperschaften auf das gründlichste durchberaten und den Vertretern der in Rücksicht auf geographische Lage und sonstigen Verhältnisse der in Betracht kommenden Bevölkerungsgemeinschaften ausreichende Möglichkeit gegeben werden wird, sich dazu zu äußern. Vermehrliche Härten müssen unter allen Umständen vermieden werden. Auch die Erfahrungen, die die Bevölkerung im Weltkrieg noch unter Sabburgs Zeiten mit der Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens, der Betriebe usw. gemacht hat, werden in diesen Beratungen eine ausschlaggebende Rolle spielen müssen.

Die Vorlage stellt ein umfangreiches Gesetzwerk von 200 Paragraphen dar, die in neun Kapitel gegliedert sind; sie ist das Ergebnis mehrjähriger Arbeit.

Das erste Kapitel enthält die grundlegenden Bestimmungen über die Verteidigung des Staates. Es definiert diesen Begriff und legt die Gesamtverantwortung der Gesamtregierung und ihrer einzelnen Mitglieder für die zweiseitige und wechselseitige Vorbereitung und Sicherung der Verteidigung des Staates im Frieden und im Krieg fest. Die Staatsverteidigung ist also nicht nur eine Resortangelegenheit des Verteidigungsministeriums. Der Regierung obliegt die Verwirklichung gewisser Ziele, die die Wehrmacht erreichen soll; die Leitung der militärischen Operationen ist dem Oberbefehlshaber überlassen.

Alle Behörden werden verpflichtet, in ihrem Wirkungsbereich auf die Interessen der Staatsverteidigung Rücksicht zu nehmen und für Beobachtung von Dingen zu sorgen, die im Interesse der Staatsverteidigung gebührend zu berücksichtigen sind. Gerichts- und andere Amtshandlungen, die solche Dinge betreffen, können nur mit Genehmigung der Militärverwaltung durchgeführt werden. Die entsprechenden Notarbeiten sind schon im Frieden nach den Richtlinien des Obersten Staatsverteidigungsrates durchzuführen.

Die Pflichten dieses Obersten Verteidigungsrates sind im Kapitel 2 näher ausgeführt. Vorsitzender des Rates ist der Ministerpräsident, die übrigen Mitglieder ernannt der Präsident der Republik über seinen Antrag aus den Reihen der Minister. Als Sachverständige mit beratender Stimme sind der Generalinspektor der bewaffneten Macht, der Generalstabchef, während der Wehrbereitschaft auch der Oberkommandant. Als Hilfsorgan fungiert der interministerielle Ausschuss für die Staatsverteidigung.

Das dritte Kapitel enthält wichtige Bestimmungen über Unternehmungen, die für die Verteidigung wichtig sind. Ihre Bestimmungen erfolgen generell durch Regierungsvorordnung, bzw. individuell durch das Verteidigungsministerium. Diese Unternehmungen werden besonderen Bestimmungen unterworfen, um die Erfüllung ihrer Aufgaben zu sichern. Es sind dies hauptsächlich Bestimmungen über die Eigentümer dieser Unternehmungen, die Mitglieder ihrer Verwaltungen, sonstige Organe und auch über ihre Angehörigen, sonstige Organe und auch über ihre Angehörigen, die verpflichtet sein sollen, aber auch über die Pflichten der Unternehmungen selbst, insbesondere in Bezug auf das Material. Für sogenannte realisierte Unternehmungen bestehen noch strengere gesetzliche Bestimmungen, denen gewisse Rechte gegenüberstehen.

Im vierten Kapitel sind vor allem ausführliche Bestimmungen über die Grenzzone enthalten. In ihr ist u. a. zur Fernahme von Waffen und Schürflingen, zur Errichtung von Wehrtürmen und zur Errichtung von Wehrtürmen, die Zustimmung der Militärverwaltung erforderlich, die gewisse Bedingungen vorschreiben kann. Der Aufenthalt von Ausländern in der Grenzzone ist nur mit Zustimmung der Militärverwaltung erlaubt. Rechte von Ausländern an Immobilien im Grenzgebiet sind anzuwenden. Das Landesamt kann mit der Militärverwaltung dem Erlanger der Rechte Einschränkungen oder Bedingungen auferlegen, in sogar ihre Übertragung auf einen tschechoslowakischen Staatsbürger anordnen. Wurde diesem Auftrag nicht entsprochen, so kann die zwanagsweise Verschärfung angeordnet werden.

Weiters ist hier von der Behandlung von Erfindungen die Rede, die für die Staatsverteidigung wichtig sind. Festsetzungen und andere Verteidigungsmaßnahmen werden der Kompetenz der Staat- und Gewerbebehörden entzogen.

Diese ersten vier Kapitel werden auch in Friedenszeiten Geltung haben. Das fünfte Kapitel enthält Bestimmungen, die nur während der Wehrbereitschaft des Staates (während der Mobilisierung und im Krieg) gelten.

In dieser Zeit ist jeder, der nicht zur Teilnahme an der Staatsverteidigung oder ihrer Vorbereitung nach anderen Gesetzen verpflichtet ist, zur persönlichen Teilnahme oder zu anderer Mitwirkung an der Staatsverteidigung, bzw. zu ihrer Unterstützung verpflichtet. Ihm können im Interesse der Staatsverteidigung Befehle erteilt werden, die ihn zu bestimmten Tätigkeiten verpflichten, die von ihm sachliche Mittel gefordert werden.

Dazu gehören vor allem die Arbeitspflicht in bestimmten Arbeitsgebieten und namentlich in den realisierten Unternehmungen. Weiter werden die Pflichten der öffentlichen Angestellten und Funktionäre und die Verpflichtung zu persönlichen Leistungen umgrenzt, denen im allgemeinen Personen zwischen 17 und 60 Jahren unterworfen werden können. Auch Frauen können herangezogen werden, sofern sie nicht für unermessene Kinder zu sorgen haben, schwanger sind oder seit ihrer Niederkunft noch nicht drei Monate verstrichen sind.

Hier wird es sich vor allem um Pflichten, um die Arbeit in gewissen Fabriken, um Dienste bei der Ausrüstung etc. handeln. Eine weitere Einschränkung besteht darin, daß Frauen möglichst nur zu solchen Dienstleistungen herangezogen werden sollen, zu denen sie nach ihrer normalen Beschäftigung geeignet erscheinen. Die Erfüllung dieser Leistungen soll nicht auf Kosten ihrer anderen wichtigen Auf-

gaben, namentlich auf dem Gebiete der Hauswirtschaft, erfolgen. Ferner enthält dieses Kapitel Bestimmungen über die Entschädigung von Sachmitteln gegen Entschädigung, und über die wirtschaftliche Organisation während der Wehrbereitschaft, die einer Obersten Wirtschaftsbehörde unterstellt wird.

In dieser Zeit kann auch die gültige Rechtsordnung abgeändert werden. Die Regierung erhält die Ermächtigung zu verschiedenen Maßnahmen, zu denen sonst Gesetze erforderlich sind, da man sich nicht darauf verlassen könne, daß eine normale Tätigkeit der gesetzgebenden Körperschaften gesichert werden kann.

Kapitel 6 hat den Fall vor Augen, daß außerhalb der Wehrbereitschaft im Innern des Staates oder an seinen Grenzen außerordentliche Ereignisse eintreten, die die Staatseinheit, seine demokratisch-republikanische Form, die Verfassung oder die Ruhe und Ordnung bedrohen, d. h. die Fälle, die im Gesetz 300/1920 vorgelesen sind. Auch hier sind besondere Vorkehrungen nötig, zumal dieser Zustand leicht in den Zustand der Wehrbereitschaft nach Kapitel 5 übergehen kann.

Die restlichen Kapitel beschäftigen sich ausführlich mit den Entschädigungen, die für persönliche und Sachleistungen gewährt werden. Ferner sind Straf- und Übergangsbestimmungen vorgegeben.

Todesstrafe für Militär-Spionage

Eine zweite Vorlage, die dem Hause von der Regierung vorgelegt wurde, sieht die Verschärfung der Strafen für Militärspionage vor, die unter besonders erschwerenden Umständen selbst mit Todesstrafe bedroht wird. Der Motivierender weist darauf hin, daß in den letzten Jahren bereits in einer Reihe anderer Länder ähnliche Verschärfungen erfolgt sind. Angesichts der erhöhten Spionagetätigkeit sei es notwendig, das Risiko dieser Tätigkeit entsprechend zu erhöhen.

Auch unerlaubte Informationen und Veröffentlichungen über Spionagefälle werden mit entsprechenden Strafen bedroht. Die Verteidiger in einem Spionageprozeß müssen in einem besonderen Register beim Justizministerium eingetragen sein und müssen schriftlich versprechen, den Inhalt der Akten oder des Verfahrens streng geheim zu halten. Die Eintragung in diese Register kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden.

Edens Unterhaus-Rede

Integrität Frankreichs und Belgiens garantiert Sonstige Verpflichtungen nur im Rahmen des Völkerbundes

London. Im Unterhaus begann Donnerstag nachmittags die mit großer Spannung erwartete außenpolitische Debatte. Der Sitzungssaal war bis zum letzten Platz gefüllt und auch die Diplomatenlogen waren voll besetzt. Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Anthony Eden leitete die Debatte ein. Er erklärte u. a.:

Der Versailler Vertrag setzte fest, daß die Demilitarisierung des Rheinlandes dauernden Charakter tragen soll. In Deutschland wurde zwar viel von dem Versailler Diktat gesprochen, doch sprach man niemals von einem „Locarno-Diktat“. Wenn Deutschland den Wunsch begibt, daß ein Teil dieses Vertrages geändert werde, dann wäre der Weg zu Verhandlungen hierüber offen geblieben.

Was den Standpunkt Großbritanniens anlangt, fuhr Minister Eden fort, muß ich erklären, daß wir gewisse Verpflichtungen haben, und daß diese Verpflichtungen ganz klar sind, insbesondere aber die aus Artikel 4 des Locarno-Vertrages entfallenden Verpflichtungen.

Ich will hier ganz offen erklären, auf daß es vollständig klargestellt sei, daß ich nicht zugehört bin, der erste Minister für auswärtige Angelegenheiten in Großbritannien zu sein, der die Gültigkeit einer britischen Unterschrift bestreiten würde. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben nicht geäußert, daß die Verletzung des Vertrages durch Deutschland ein Verbrechen ist. Wir haben gleichfalls die sich daraus ergebenden Konsequenzen nicht in Abrede gestellt, haben es jedoch für unsere Pflicht erachtet, uns zu bemühen, durch Verhandlungen wieder Ver-

trauen zu schaffen, und das war seit Beginn dieses kritischen Zeitabschnittes unser Ziel.

Im Lebensinteresse Großbritanniens liegt es, daß die Integrität Frankreichs und Belgiens gewahrt werde und keine feindliche Macht ihre Grenzen überschreite. Unsere Verpflichtungen tragen univervellen Charakter, es sind Verpflichtungen, die sich aus dem Völkerbündnis ergeben. Wir beharren fest auf diesen Verpflichtungen, fügen ihnen aber nichts hinzu und werden auch nichts hinzufügen mit Ausnahme dessen, was bereits im Locarno-Vertrag enthalten ist.

Wenn wir von der allgemeinen Befriedung in Europa sprechen, müssen wir sagen, daß sehr viel davon abhängen wird, welche Vorschläge Reichkanzler Hitler anfangs nächster Woche machen wird. Ich beabsichtige keineswegs, an die Lösung der Probleme der nächsten Zukunft mit dem Gedanken heranzugehen, daß wir an eine Politik gebunden sind, mit der ich nicht übereinstimme, sei dies nun die französische oder die deutsche Politik. (Beifall.) Unsere Politik ist gegeben durch den Völkerbundpakt und unsere Mitgliedschaft im Völkerbund. (Beifall.)

Guter Eindruck in Paris?

Paris. Außenminister Riantin kehrt Freitag auf 24 Stunden aus seinem Wahlkreis nach Paris zurück. In Paris wird Riantin auch mit Litwinow zusammentreffen. An amtlichen Stellen heißt es, daß die Aussprache im Unterhaus den Standpunkt der französischen Regierung, der seit unrischen sei, nicht ändern können. Der erste Eindruck von der Kundgebung Edens ist übrigens an amtlichen Stellen ein sehr guter.

Der totalitäre „Wahlsieg“

Schon heute kann gesagt werden, daß der „Wahlsieg“, den Goebbels Sonntag dem „Rührer“ liefern wird, alles in den Schatten stellen dürfte, was wir an falschrichtigen Wahlfälschungen und Volksabstimmungen bisher kennen gelernt haben. Diesmal geht es wirklich darum, einen „totalitären Sieg“ zu liefern, eine lückenlose Bilanz des Terrors und der Massenverdummung, der gegenüber die Mussolini und Gombos werden stehen müssen, daß sie Stümper sind.

Schon die Plaisform des „Wahlsieges“ ist in großartiger Weise vorbereitet worden. Hitler und Goebbels haben es zugegeben, in drei Wochen die Verwirklichung des Locarno-Vertrages anzulösen und die Frage einzig auf den „Friedensplan“ zugespitzt, für den das deutsche Volk sich einsetzen müsse. Mit einem beispiellosen Aufwand an Propaganda hat man in einem Wahlsieg ohne Gegner, ohne einen anderen Gegner als den Reichstag und Reichswähler zumindest, dem deutschen Volk eingeredet, daß der Weltkrieg davon abhängt, daß Hitler am 30. März hundert Prozent der Stimmen erhalte. Es gibt heute sicher Millionen Deutsche, die das, was Zeitung, Rundfunk, Hausagenturen, Plakate, Flugblätter ihnen bis zur Wehrlosigkeit zuführen, wirklich glauben, die also der Meinung sind, der Weltkrieg sei nur noch aufzuhalten, wenn Hitler Sonntag vierzig Millionen Stimmen erhalte und damit die Welt zu seinem „Friedensplan“ belehren kann.

Hier wird vielerlei auf einen Schlag erreicht: für das deutsche Volk wird die nächste Kriegsschuldfrage vorweggenommen, also die Heberzeugung, daß die Anderen den Krieg wollten; diesen Anderen wird vorgespiegelt, daß es nicht Hitler, sondern die ganze Nation sei, die für Vertragsbruch und Kriegspolitik eintritt; innerpolitisch endlich wird dem System zu einer totalen Wehrheit verholfen, hinter die es sich ein Jahr lang wird verschütten können.

Eine nennenswerte Gegenpropaganda war diesmal weniger möglich als jemals. Die Reichstagsauflösung kam überraschend, die Propagandawelle setzte schlagartig ein, der Terror und die Spionage arbeiteten lückenlos und mit Hochdruck. Dazu kam als größte Schwierigkeit, daß man der Friedensparole Hitlers nicht einfach eine Gegenparole gegenüberstellen konnte, sondern daß man die Zeit und die Möglichkeit haben mußte, das raffinierte Spiel aufzudecken, das kunstvolle Gewebe aus Wahrheit und Lüge zu entwirren, daß man jedem einzelnen Deutschen erklären mußte, wieso Hitlers Friedensplan in Wahrheit der Auftakt zum Krieg ist. Dazu fehlte es aber an Zeit und Mitteln.

Zu allen diesen Schwierigkeiten des Abwehrkampfes tritt ein Moment, das nicht übersehen werden darf, nämlich die technische Erschwerung der oppositionellen Stimmgabe. Auch wenn jemand mit Nein stimmen will, wenn er den Mut aufbringt, mit Nein zu stimmen, so stehen diesem Vorhaben eine Reihe schwerer Hindernisse gegenüber. Die bürgerliche Baseler „Nationalzeitung“ schreibt darüber u. a.:

Bei den früheren Reichstagen des Dritten Reiches, zuletzt bei der Bestätigung der Selbsterlösung Hitlers zum Staatsoberhaupt, hatten die Deutschen wirklich noch so etwas wie eine Wahl: Sie konnten nämlich mit Ja oder mit Nein stimmen. Diesmal gibt es buchstäblich keine Wahl. Man erhält im Abstimmungsraum nur den einen und einzigen zugelassenen nationalsozialistischen Stimmzettel. Was macht man damit, wenn man gegen Hitler und sein Regime protestieren will? Man braucht ihn nicht in das Ruwert zu hängen und kann dieses Leer dem Wahllokal überreichen. Der wird sofort fühlen, daß der Umschlag ohne Inhalt ist, und der „Wähler“ ist nun als Staatsfeind überführt. Man kann den Stimmzettel zerreißen und die Beben im Ruwert abgeben. Hinter der dünnen Leinwand des Leinen Verfalls, in den der Wähler tritt, wird aber das Zerreißen von Papier unbedingt von den Nachstehenden gehört. Außerdem ist nicht sicher, ob zerrissene Stimmzettel nicht doch als gültig erklärt werden. Da die allermeisten Wahlbüreaus rein parteilich zusammengestellt sind, ist der Gültigkeitserklärung von zweifelhaften Stimmen keine Grenze gesetzt. In der Regel

wird der Wähler verstanden, den Stimmzettel durch die Leichtigkeit ungültig zu machen. Auch das ist für ihn gefährlich. Wie sich jeder bei einem kleinen Versuch überzeugen kann, ist auf mehrere Meter zu hören, wenn man, wie es zum Anknüpfen eines Stimmzettels notwendig ist, kräftige Pfeiffürche über Papier zieht. Davon abgesehen, steht jetzt schon fest, daß in vielen Wahlzellen die Pfeiffürche fehlen werden. Selbst dort, wo man sie vorschriftsgemäß auflegt, sieht es den ersten Raschbücheln frei, sie geräuschlos wieder zu beiseite zu räumen. Wer wird dann vorzuziehen, um beim nationalsozialistischen Wahlvorsteher einen Pfeiffürche für die Wahlzelle zu fordern? Jeder zur Proteststimmene entschlossene Wähler muß sich also mit einem Pfeiffürche versehen, wenn er sich oppositionell betätigen will. Die Frage eines Pfeiffürchens mag draußen kleinlich, fast lächerlich erscheinen, aber so unglücklich es klingt: es ist die winzige Möglichkeit einer „Wahl“, die überhaupt den sogenannten Staatsbürgern noch geblieben ist.

Man vergegenwärtige sich, wenn sonst technisch alles klappert, welche Heberzeugungsmacht und welcher Mut dazu gehören, den amtlichen Stimmzettel ungültig zu machen: in einem Räume, der von S. K. und S. Z. wimmelt, in einer dichtgeschlossenen Reihe, die bei dem Massenandrang zur schnellsten Erledigung des Wahlgeldes drängt, und dann vor einen nationalsozialistischen Wahlvorstand zu treten und unter Namensnennung des Stimmzettels mit dem haarscharfen Inhalt abzugeben. Die Nervensprobe ist am härtesten in kleineren Orten, wo man jeden früheren Sozialdemokraten, Kommunisten, Reichsbannermann, Republikaner und Sozialisten kennt. Und wie mancher von denen, die Kugel im Auge vor dem Feind sehen, waren schon im Gefängnis oder im Konzentrationslager oder in den Verriegelungen der Braunen Häuser! Wirklich, man wird in diesem Falle die Oppositionsstimmen wä-

gen müssen und nicht zählen. Was das Regime an Oppositionswählern auch zugestehen mag oder nicht: jeder Mann und jede Frau, die eine unglückliche Stimme abgeben, sind nicht nur gefestigte politische Persönlichkeiten, sondern auch Menschen mitiger Tat.

Das Schweizer Blatt hat Recht, wenn es erklärt, daß unter diesen Umständen die Reinstimmen nicht gezählt, sondern gewogen werden müssen. Und selbst wenn man sie in ihrer ganzen Schwere und heroischen Bedeutung wiegen will, muß man sich lechzig noch vor Augen halten, daß es das Regime in der Hand hat, beliebig viele Reinstimmen abzuleugnen, begünstigen, ein Wahlergebnis zu publizieren, das überhaupt keinen Zusammenhang mit der Stimmabgabe hat. Denn es gibt ja keine paritätische Kommission, keine Möglichkeit der Kontrolle, des Einspruchs, der Polemik. Wahrscheinlich haben diejenigen Recht, die behaupten, daß die fertigen Resultate schon heute in Goebbels Schreibstisch liegen.

All das wirkt für die Gegner Hitlers die Frage aus, ob man sich im Kampfe mit dem System überhaupt noch auf der Plattform wird stellen dürfen, die Goebbels vorschreibt, ob die Reinstimmen in Zukunft noch einen Sinn haben wird. Das System des totalitären Schwindels, des totalitären Terrors fordert gebieterisch totale neue Kampfmethoden und das vom Untergang bedrohte deutsche Volk wird sich durch den Kontrast Goebbels nicht abschrecken lassen, diese neuen, die wirksameren Methoden zu suchen, bis jener Punkt erreicht ist, an dem wie in der Geschichte bisher noch immer, die Revolution im Wettlauf mit dem herrschenden System die Vorhand gewinnt.

Parteiauflösung bis Ende 1937 in Kraft

Parteieneinstellung vom Ausschuss fallen gelassen

Der verfassungsmäßige Ausschuss des Abgeordnetenhauses beschloß am Dienstag, das bereits abgelaufene Gesetz über die Parteiauflösung mit Gültigkeit bis 1. Jänner 1937 zu erneuern. An dem seinerzeitigen Entwurf der Regierung wird infolgedessen eine grundlegende Änderung vorgenommen, als von der Einleitung der Tätigkeit, die seinerzeit einmal gegen die deutsche Nationalpartei angewendet wurde, überhaupt Abstand genommen wird. Es wird notwendigfalls also nur mehr die Auflösung einer Partei, also die schärfere Maßnahme, angewendet werden können. Die sonstigen Bestimmungen sind nur formaler Natur und ergeben sich daraus, daß es sich nicht mehr um die Verlängerung eines noch gültigen, sondern um die Erneuerung eines bereits abgelaufenen Gesetzes handelt.

In dem bereits vorgelegten Ausschussbericht heißt es, daß die seinerzeit angeführten Gründe für das Gesetz auch jetzt noch weiterzubeleben; es sei daher das Verlangen der Regierung, daß sie neuerdings zum Einschreiten gegen Parteien berechtigt werde, die die Existenz des Staates untergraben, voll begründet. Die Selbstständigkeit, verfassungsmäßige Einheit, Integrität sowie die demokratisch-republikanische Staatsform und die Sicherheit der tschechoslowakischen Republik seien so wertvolle Güter, daß man sie nicht nur gegen eine Abneigung, sondern auch gegen eine latente Gefahr sichern müsse. Daher sei das Gesetz auch dann am Platz, wenn sich noch nicht die Notwendigkeit herausgestellt hat, es tatsächlich anzuwenden.

Interessant war aus der Ausschussdebatte die Haltung der SDP, die wohl am ehesten von allen politischen Parteien mit dem Gesetz unangenehme Bekanntheit machen könnte. Beide Redner anerkannten ausdrücklich das Recht, ja die Pflicht des Staates, sich in solchen Fällen energig zu Wehr zu setzen. Dr. Kasin (Nat. Ver.) hatte als Kandidaten für die praktische Anwendung des Gesetzes ausdrücklich neben den Kommunisten die SDP genannt und dabei auf die vielen Spionageprozesse hingewiesen, in deren Vordergrund nicht nur Mitglieder, sondern hervorragende Funktionäre der SDP stehen.

Dr. Neuwirth (SDP) wies darauf hin, daß in dem Reichswehr-Prozess, auf den vor allem angepielt wurde, nicht ein einziger SDP-Funktionär „von Rang und Bedeutung“ verurteilt sei, sondern nur „Führer-Personen“, die die Partei nicht kontrollierten. Die SDP wäre sogar bereit, einer Verlängerung des Gesetzes bis 1. Oktober zuzustimmen, um der Regierung entgegenzukommen, sie verlange aber die Eindämmung eines Gesetzes über die Rechtsstellung der politischen Parteien.

Der Referent Dr. Suchy verzichtete auf diese etwas merkwürdig anmutende Unterstüßung; die von ihm beantragte Fassung wurde dann von der Mehrheit angenommen.

Osterferien im Abgeordnetenhaus

Am Donnerstag hielt das Abgeordnetenhaus eine kurze Sitzung ab, in der ohne Debatte der Vertrag mit Deutschland über gegenseitige Zollbegünstigungen für Musikinstrumente sowie ein Zusatzprotokoll zum Handelsvertrag mit Finnland angenommen wurden. In einer Ansprache, die mit den traditionellen Osterwünschen schloß, mahnte der Vorsitzende Malypetr auf die Verknüpfung des Osterfriedens aufmerksam, die wie alljährlich am Ostermontag im Parlament vor sich gehen wird. Die Parole ist diesmal: „Die Gesunden für die Kranken“.

Die nächste Sitzung des Parlamentsplenums wurde erst für Dienstag, den 21. April, um 3 Uhr nachmittags festgesetzt; auf der Tagesordnung steht das Parteienauflösungsgesetz. Die fast vierwöchigen Ferien beziehen sich jedoch nur auf das Plenum des Hauses. In der nächsten Woche wird der Wehrhaushalt für am Mittwoch mit der umfangreichen Vorlage über die Verteidigung des Staates zu befassen haben, die am Donnerstag von der Regierung eingebracht wurde. Auch der Ernährungsausschuss hält noch nächsten Mittwoch eine Sitzung ab.

Mieterschutz auch vom Senat verabschiedet

Brag. Der Senat erlebte Donnerstag nach langer, stellenweise ziemlich lebhafter Debatte die beiden Vorlagen über den Mieterschutz und die Kaufförderung. Für unsere Fraktion sprach Genosse Kehl, dessen Rede wir noch im Auszug nachtragen werden. Vorher hatte das Haus die Vorlage über die Hebernahme der Sammlungen der Gesellschaft patriotischer Kunstfreunde in Böhmen sowie eine Vorlage über die konfessionelle Angelegenheiten mittels Giftgasen ohne Debatte angenommen. Am Abend wurde auch noch die Invalidenvorlage genehmigt. Freitag wird auch der Senat in die Osterferien gehen.

Heute Entscheidung der Slowaken

Brag. Der Vorsitzende der Regierung Dr. Milan Hodža empfing Donnerstag nachmittags nach 17 Uhr die Bevollmächtigten der Slowakischen Volkspartei, mit denen er die Beratungen fortsetzte. Die bevollmächtigten Vertreter der Slowakischen Volkspartei werden Freitag in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Klubs und des Präsidiums der Slowakischen Volkspartei über ihre bisherigen Verhandlungen Bericht erstatten.

Volkskultur ist Menschlichkeit

Die Prager Urania bei Dr. Benes

Die Funktionäre der Prager Urania sprachen gestern beim Präsidenten der Republik vor. Präsident Dr. Benes erklärte u. a.:

„Ich danke Ihnen für Ihren Besuch und Ihre Begrüßungsworte. Ich schätze genau Ihre Arbeit und habe Ihnen schon früher gerne beigegeben. Es handelte sich mir stets und vor allem um die Förderung der Kultur, also auch der wertvollen deutschen Kultur bei uns. Im Kampfe des Geistes und der Materie muß unser Staat auf Seite des Geistes stehen. Die positiven Geisteswerte äußern sich im Dienste wirklicher Menschlichkeit, mögen sie auch diesem oder jenem Volke angehören. In diesem Sinne ist es notwendig, gerechterweise auch die deutsche Kultur bei uns im Auge zu be-

halten und ihr jenen Platz einzuräumen, der ihr gebührt. Es wird heute viel von Volkskultur und volkskulturellen Werten und Programmen gesprochen. Das ist gut, wenn es die Betonung des Geistes gegenüber der Materie bedeuten soll, der Menschlichkeit gegen die Gewalt, des Rechtes gegen Unrecht und Brutalität. Es ist aber nicht gut dort, wo man sie einseitig politisch mißbrauchen will. Die Kultur darf nicht als ein zeitlich gebundenes Werkzeug einem gerade zeitlich gegebenen politischen Ziele dienen. Sie kann nichts anderes sein als eine Volkskultur und auf dem Wege über das Volk wird sie zu einer menschlichen. Sie stellt eine wahrhaftige, dauernde und ewige Kultur nur insoweit dar, solange sie auch zu den anderen Völkern in einer allgemeinen menschlichen Sprache redet. So hat die Volkskultur ein Herd aufgeföhrt und eben deswegen hervorragende Sclaven diesen ausgerechneten Deutschen so hoch geschätzt.

In dieser Wechselbeziehung muß bei uns die deutsche und die tschechoslowakische Kultur stehen. Die geistige Zusammenarbeit und der gegenseitige Respekt zweier Volkskulturen ist unser weiteres Programm.

Abgeordnete ohne Taft. Am Donnerstag fand die Hauptversammlung der tschechoslowakischen Gruppe der Interparlamentarischen Union statt. Die Abgeordneten und Senatoren der tschechendeutschen Partei hatten am selben Tage um ihre Aufnahme in die Gruppe angefragt. Sie waren noch nicht aufgenommen und somit auch nicht Mitglieder der Gruppe. Trotzdem erschienen die Abg. Dr. Peters und Dr. Neuwirth und blieben auch dort, obwohl der Vorsitzende, Senator Stodola, gleich zu Beginn der Sitzung erklärte, daß an derselben nur Mitglieder der Gruppe teilnehmen dürfen. Diesen Willen mit dem Jauchepfehl verstanden sie nicht. Der talvollere Vorsitzende als die beiden Herren, überließ sie und ließ sie sitzen. Es ist wirklich erstaunlich, daß Abgeordnete sich nicht scheuen, in Versammlungen einzudringen, wo sie nichts zu tun haben und sehr deutlich als unerwünschte Gäste gekennzeichnet werden.

Subkomitee für Automobilwesen. Im Wehrausschuss des Abgeordnetenhauses wurde einstimmig der Antrag angenommen, ein sechsmitgliediges Subkomitee für Fragen des Automobilwesens einzusetzen. Bekanntlich schweben seit längerer Zeit Verhandlungen, um durch Steuerbegünstigungen, Herabsetzung der Versicherungsprämien etc. einen neuen Aufschwung des Automobilwesens zu ermöglichen, der nicht nur für die Automobilindustrie und ihre Hilfsindustrien, sondern auch vom Standpunkt der Verteidigung des Staates äußerst wünschenswert wäre.

Die Grenzberichtigungen an der deutschen Grenze. Das Abkommen mit Deutschland vom 7. September 1935 über gegenseitige Grenzberichtigungen, das in der Hauptsache die Grenzen dort, wo sie durch einen Flußlauf gebildet werden, in die Linie dieses Flußlaufes verlegt, wurde vom verfassungsmäßigen Ausschuss angenommen. Da die ausgetauschten Gebiete in der Endsumme bis auf ein Quadratmeter gleich sind, ändert sich nichts an dem gesamten Flächeninhalt des Staatsgebietes. Immerhin wird die Vorlage als Verfassungsgegenstand einer qualifizierten Mehrheit bedürfen. Bereits im Jahre 1930 wurde ein ähnlicher Vertrag mit Deutschland ratifiziert, der Grenzberichtigungen hauptsächlich gegen Preußen-Schlesien betraf. Die neuen Änderungen betreffen zumeist die Grenze gegen Sachsen und Bayern. Insgesamt wird ein Gebiet von 108 Hektar gegenseitig ausgetauscht.

44
MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN
Roman von Manfred Georg
Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

Zuerst erledigte er zwar sehr sachlich die ganzen Fragen. Die Schumann, der sich eifrig Notizen machte, über die Verhältnisse der einzelnen Vertrauensleute in Rumänien, Polen, den Nordstaaten und Finnland stellte. Dann aber begann er Klatschgeschichten über Makropulos zu erzählen, verriet es aber, trotz Schumanns Versuchen, ihn darauf hinzuweisen, intuitiv, auf seine Hebelbetriebs einzugehen. Zu gern hätte der Rittmeister von Wardrier selbst noch einmal die Behauptung des Schurkenstreichs, den er Gabriele geföhrt hatte, gehört. Er kam sich vor wie ein Mörder, der vor der Beurteilung vom Angeklagten selbst das Geständnis hören wollte. Aber statt dessen kam Wardrier immer wieder auf Haydée zu sprechen. Er genierte sich jetzt gar nicht mehr. Seine Ausdrücke waren grob, wurden nötig. „Können hat sie gehabt wie ein Kalb, das geschlachtet wird.“ Lachte er vor sich hin. „Sie sind schon ein Ganner, Herr Rittmeister, schicken mir einen Rederiffen in geschlossener Dose, damit ich die erste Nähe habe! Ein merkwürdiges Weibskind! Kochte sie viel Besinnung zu haben, mir dann das Dokument zu hehlen!“

„Wo hören Sie endlich davon auf! Erzählen Sie mir lieber etwas von Sevilla!“
„In Sevilla hat man keine gute Meinung von mir.“
„Sie haben zu viele Leute hereingelegt.“
„Aber wie können Sie das sagen? Ich bediene prompt und halte mein Wort! Menschenkenntnis und Kombination, in jahrelanger Übung verfeinert, bewirken Wunder, sagen den

Argeren wirklich mehr als sie je ahnen. Natürlich können Sie nicht das Unmögliche von mir verlangen. Ich muß Ihnen gestehen, obwohl dieser ganze Teil meines Lebens nur dem andern dient, wie Sie ja schon wissen dürften, ich tue das gern. Es ist eine kalte Leidenschaft dabei, so in die Herzen der anderen zu sehen, den Dierich liberal zu haben, der auch wider den Willen die Bewußtseinstüren öffnet. Aber es würde mich doch interessieren, ob Sie haben also falsche Angaben gemacht? Erklären Sie...“

„Nun, ich kann Ihnen nur sagen, Ihre Prophezeiung ist falsch gewesen. Die Reise war umsonst.“

„So“, machte Wardrier verduht, „haben Sie sich denn auch richtig angesehen und nachgeforscht?“

„Darauf können Sie sich schon bei mir verlassen!“

„Nun ja, Garantien kann ich natürlich nicht geben.“

Wardrier wachte nicht recht, was er aus diesen Worten Schumanns machen sollte. Aber dieser verriet mit keiner Miene, was längst in ihm beschloffen war. Im Gegenteil, er sagte:

„Arren ist menschlich, aber ich werde morgen Makropulos vorschlagen, daß Sie ausschließlich mir zur Verfügung stehen. Ihre Bezüge sind von jetzt ab verdoppelt. Einzige Bedingung ist, daß Sie mich von jedem Ihrer Schritte benachrichtigen und nichts tun, worüber Sie mich nicht vorher unterrichtet haben.“

wird besonders wichtig sein und Konzentration verlangen.“

Wardrier verneigte sich. Außerdem, was ging ihm das Ganze an? Wenn er seine Pflicht tat, war es gut. Das Geld war nicht zu verachten. Im Uebrigen anerkannte er einen Mann, der ihm wahrscheinlich, um seine Wachsamkeit zu prüfen, eine Frau ins Haus geschickt hatte, die offenbar ihre Probezeit hatte ablegen müssen.

Schumann war es gleichgültig, was Wardrier dachte. Wardrier mußte wissen, was er in jeder Beziehung zu verlieren hatte:

„Ich habe mir unterdessen auch Ihre Akten angesehen, Herr Wardrier. Sollten Sie irgend einmal schwach werden — in unserem Beruf sind die Verdolungen groß, das wissen Sie — so denken Sie sich nur das Stichwort „Akten“ und Sie werden geföhrt sein.“

Er hatte Wardriers Akten nicht gesehen. Aber es war eine Selbstverständlichkeit, daß dieser elegante Tartuffe mit den zwei Verufen Akten haben mußte. Und daß zumindest Makropulos sie kannte. Wardrier reagierte auf die Drohung nicht. Er war sich bewußt, daß bei solchen Geschäftskombinationen stets Leute zusammen kamen, die nur deshalb so gut zueinander hielten, weil jeder die Geheimnisse des andern zum Ausspielen in der Hand hatte. Wachte doch dieser elchhafte Kerl wissen, daß er früher schon manches Jahr wegen schändlicher Gewalttate geföhrt und später einmal Spindel der französischen Polizei gewesen war.

Wardrier stammte aus altem Adel und hatte eigentlich einen viel längeren Namen. Aber es war ein verarmter und verfeuchter Adel, und der Name hatte ihn nicht davon geschützt, schon als Kind in eine jener öffentlichen französischen Strafanstalten zu kommen, in denen der früh verdorbene Knabe reiflos ruiniert worden war. Man hatte zu seiner Zeit von irgendwelchen menschlichen Erziehungsmethoden dort keine Ahnung. Es gab Straflager, Kerkerzellen, Effendenzug

und vor allem — und schlimmer als alles — die graufige Roheit der Kameraden.

Wardrier hatte die Erbarmungslosigkeit anderer zu früh kennen gelernt, um nicht selbst als einziges Ziel anzustreben, auf der Seite derer zu sein, die leiden machten statt selbst zu leiden. Seine Sinne waren, früh geweckt, in Mißbrauch und Qualen abgestumpft worden und heute waren sie nur noch verfeinerte Organe einer Brutalität, die sich nur über das Bewußtsein der Kerker erhöhte. Seitdem er das Waffengeschäft betrieb, war er am richtigen Platz. Der Vertrag mit der Hebelbetriebs hatte ihm kaum noch Freude gemacht. Er war dazu auf eine sehr merkwürdige Weise gekommen: Nachdem er in Lyon in eine Korruptionsaffäre bei der dortigen Polizei verwickelt gewesen und davon gejagt worden war, war er eines Abends in einer Schweizer Stadt in den Vortragsabend eines deutschen Telepathen geraten. Gewiß wie er war, hatte er bald die Methode dieses Mannes, der sich Mister Mad nannte, und in Wirklichkeit Semmler hieß, heraus. Er besuchte sämtliche drei Abende, die Semmler gab und erklärte ihm nach Schluß des dritten, daß er nur eine Wahl habe: entweder ihn, Wardrier, als Gehilfen zu engagieren oder öffentlich entlarvt zu werden. Semmler war einer von der harmloseren Sorte. Er erschrak bei der Drohung und gab nach. Wardrier reiste eine Weile mit ihm und machte sich dann selbständig. Was ihn reizte, war dieses Spielen-Können mit verängstigten Seelen, dieses Verdrängen von Scham, Herauslocken von Geständnissen, dies Kenghigen mit ungewissen Andeutungen und vor allem dieses Machtgewinnen, wenn man es geschickt genug anstellte. Es machte ihm Freude, Leute auf die subtilste physische Art ins Anglück zu bringen, ihnen Gedanken zu injizieren, an denen sie selber harrten, oder sie zu Handlungen zu veranlassen, an deren Hebernahm sie zugrunde gehen mußten.

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Brief an den Zeitspiegel

Aus Hochschulkreisen wird uns geschrieben: Es hat in Fachkreisen beträchtliches Aufsehen erregt, als in einem Prager Blatte die — offenbar verführte! — Nachricht auftauchte, die seit drei Jahren verwaiste Dermatologische Klinik der Deutschen Universität solle mit dem jüngsten Dozenten besetzt werden. Dieser Schüler Kreibichs hat erst 1927 promoviert, wurde erst vor einhalb Jahren habilitiert. Obwohl der Deutschen Universität drei seit 21, 16 und 6 Jahren habilitierte Dozenten für Dermatologie angehören, hat es eine bestimmte Gruppe der Professoren nur notwendig erachtet, einen jungen Assistenten nach 3 1/2-jähriger Lehrzeit unter Kreibich — durch einen Nichtfachmann habilitieren zu lassen. Und nun soll er schon reis sein, die Klinik definitiv zu übernehmen, Vorlesungen abzuhalten und die zukünftigen Aerzte zu prüfen. Warum hat man keinen der hervorragenden, deutschen emigrierten Professoren dieses Faches in Vorschlag gebracht? Oder einen der oben erwähnten einheimischen Dozenten, die in ihrem Fach erfahren und anerkannt sind? Sollte auch hier der Einfluß des Dritten Reiches zu spüren sein und dessen Totalitätsbestrebungen? Die Berufung unserer gewesenen Professoren San Nicolò, Buntru und Gierach scheint dafür zu sprechen.

Für einen innerpolitischen Friedenspakt

Eine Rundfunkrede des Abg. Jaksch

Im Rahmen des Vortragsabends über die Politik der Koalitionsparteien „Was uns verbindet“ hielt Donnerstag, den 26. März, im Rundfunk Abg. Gen. Benzel Jaksch eine Rede.

Jaksch leitete seinen Vortrag mit einem Bekenntnis zur europäischen Schicksalverbundenheit und zur völkerverbindenden Sendung der sozialistischen Bewegung ein. Viel zu lange sei aus der Geschichte nur das Trennende herausgehoben worden. Keine fragwürdige Massentheorie vermöge den historischen Tatbestand zu verdunkeln, daß Deutsche und Tschechen auf dem gemeinsamen Heimatboden der historischen Länder gemeinsames Schicksal tragen. Tschechische und deutsche Arbeiter kämpfen gemeinsam um ihr soziales Menschenrecht. Das Erwachen der Nationen im 19. Jahrhundert brachte Rückschläge im nationalen Zusammenleben. Verschiedenartig war das Wachstum der Nationen. Die Tschechen haben die Demokratie als Begleiterin nationaler Siege erlebt. Die Sudetendeutschen erlebten sie als Ausdrucksform politischer Niederlagen und wirtschaftlicher Bedrückungen. Daraus erwachsen Differenzen und Schwierigkeiten. Die deutsche Sozialdemokratie übersteht sie nicht, sondern erblickt darin eine Aufgabe. Wer an der Zukunft der deutsch-tschechischen Zusammenarbeit zweifelt, der verzweifelt auch an der Zukunft Europas. Der Redner setzt sich dann mit den Kritikern der Demokratie auseinander, die nur zu reden, aber nicht zu handeln verziehen. Das Wort „Handeln“ kann nicht im Sinne idealtypischer Weisheit verstanden werden, sondern als die Bereitschaft zu aufopfernder Arbeit für die ärmlichen Söhne und Töchter des Volkes. Vorkünftig sei noch in keinem Lande der Beweis erbracht worden, daß mit der Beseitigung der Demokratie auch Arbeitslosigkeit und Pauperismus verschwinden. Angesichts der schweren Wirtschaftsnöte müsse sich die Demokratie als ein Instrument der sozialen Gerechtigkeit bewähren. Sie ist eine Waffe der Schwachen. Wähler können irren, aber auch Diktatoren sind nicht unfehlbar. Die Demokratie biete dem Volke die Möglichkeit, begangene Fehler zu korrigieren. Sie ist auch die einzig mögliche Rechtsform für das Zusammenleben mehrerer Nationen in einem Staat. Das Schicksal der nationalen

Widerheiten in den Ländern ohne Demokratie stellt diese These unter Beweis. Mit der Mehrheit des tschechischen Volkes verbindet uns das unerschütterliche Bekenntnis zur Demokratie und der gemeinsame Wille zur Erhaltung und Festigung des Friedens. Das wirtschaftliche Existenzproblem der Sudetendeutschen ist nur in einem befriedeten, von Kriegsfurcht und Völkerverhaß befreiten Europa zu lösen. Aus unseren Notstandsgebieten ertönt der Schrei nach Brot und Arbeit. Diesen Ruf zu hören und ihm durch großzügige Arbeitsbeschaffung sowie durch umfassendere Hilfsmaßnahmen Rechnung zu tragen, das ist die gemeinsame Aufgabe aller demokratischen und staatserbaltenden Parteien in der Republik. Die Sudetendeutschen dürfen aber nicht zu einem Objekt der öffentlichen Fürsorge herabsinken, sondern sie müssen selbst mit Hand anlegen bei der Neugestaltung ihres wirtschaftlichen und sozialen Daseins. Ganz besonders sind sie an einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Donauraum interessiert, zu deren Organisierung Ministerpräsident Dr. Hodža eine großzügige Initiative entfaltet. Soll dieses Bemühen nicht immer wieder von Störungerscheinungen durchkreuzt werden, dann muß mit der Reorganisation des Donauraumes die politisch-soziale Neuorganisation Europas Hand in Hand gehen. Die gemeinsame Verantwortung aller demokratischen Republikaner unseres Staates erstreckt sich auch auf alle Tagesfragen des nationalen Zusammenlebens. Im Bewußtsein dieser Verantwortung streben wir mit zäher Ausdauer ein demokratisches Einvernehmen nach dem Grundjah Gleichheit unter Gleichen an. Dieser Grundformel auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Respekt zu verschaffen, ist die allgemeine Verpflichtung aller republikanischen Parteien, mit deren Erfüllung die nationale Zusammenarbeit steht und fällt. Allen Bestimmten zum Trost halten wir die Hoffnung aufrecht, daß es durch systematische Besserung der Atmosphäre möglich sein wird, zwischen Tschechen und Sudetendeutschen zu einem innerpolitischen Friedenspakt zu gelangen, wie er augenblicklich zwischen Tschechen und Slowaken vorbereitet wird. Bis dahin brauchen wir einen auf gegenseitiger Loyalität aufgebauten Waffenstillstand in allen nationalen Streitfragen.

Henleinpresse wirbt für Hitlerwahl

Zu der Karlsbader Henlein-Presse kann man die folgende erlauternde Aufklärung lesen:

„In den Reichstagswahlen fährt ein Autobus der S. C. G. am Sonntag, den 29. d. M., um 8.30 Uhr ab Dr. Beckerplatz, 8.35 Uhr ab Hauptpost, nach Wittigsdal bei Johann-georgenstadt. Fahrpreis 25 Kč hin und zurück. Rückfahrt nach erfolgter Wahl. Anmeldungen und Kartenverkauf in den Verkehrsbüros der S. C. G. am Theaterplatz und an der Egerbrücke.“

Drei Jahre wegen Menschenraubs

Königsgrätz. Mittwoch abends wurde vom Königsgrätzer Schwurgericht das Urteil gegen den Elektrotechniker Josef Nedelka aus Niederösterreich gefällt, der von der Königsgrätzer Staatsanwaltschaft des Verbrechens des Menschenraubes angeklagt war. Er wurde beschuldigt, der deutschen Geheimpolizei die Verhaftung des tschechoslowakischen Staatsangehörigen Johann Kadl aus Domogroß ermöglicht zu haben, der einige Jahre in Deutschland wohnte. Er bot ihm die Stelle eines Hausmeisters auf dem Schneeberg an, wohin er ihn in der Nacht führte. Kadl, der nicht wußte, daß er sich auf deutschem Gebiet befand, wurde dort von der deutschen Geheimpolizei verhaftet. In Deutschland wurde er wegen Landesverrats angeklagt, doch konnte ihm nichts nachgewiesen werden, weshalb er im Mai 1935 freigelassen wurde. Als er in die Republik zurückgekehrt war, erbatte er gegen Kadella die Strafanzeige. Er wurde mit acht Stimmen schuldig erkannt und zu drei Jahren schweren Arbeiters verurteilt.

„Die Zeit“

Das Organ des Stammesführers Konrad Henlein, ist unter die Erfinder gegangen. Es ist keine große technische Erfindung, die ihr im Interesse der leidenden Menschheit gelungen ist, sie begnügt sich mit der Erfindung — einer Nachricht. So erzählt sie einer stannenden Leserschaft, was alles der Minister Czech in einer Versammlung in Prag am 7. März gesagt haben soll. „Er liegt es an Verdächtigungen der Sudetendeutschen Partei nicht fehlen“, heißt es und dann wird aus der Rede Czechs wörtlich zitiert. „Die SdP nützt in verbrecherischer Weise die wirtschaftliche Notlage in den Randgebieten zur Propaganda aus.“ — Dazu bemerken wir ganz schlicht, daß Dr. Czech in einer Versammlung am 7. März weder in Prag noch anderswo gesprochen hat und daß er in der Versammlung, um die es sich handelt, nämlich die Versammlung der Prager Gewerkschaften, gar nicht anwesend war. Für die Verlässlichkeit der Informationen der „Zeit“ und den Redaktionsbetrieb daselbst ist die ganze Angelegenheit bezeichnend.

Vertärkung der Komotauer Garnison? Die Komotauer Garnison soll erweitert werden, und zwar soll man dort ein drittes „Prapor“ unterbringen, das sind vier Kompanien. Die Stadtgemeinde Komotau hat sich schon grundsätzlich bereit erklärt, eine neue Kaserne zu errichten und hierfür den Grund unentgeltlich beizustellen, wenn der Staat den Zinsen und Annuitätendienst übernimmt. Es ist zu erwarten, daß dieser Plan durchgeführt wird, so daß dann das ganze Regiment Nr. 46 in Komotau untergebracht wäre.

Kind vergewaltigt und inzestiert. Das Egerer Schwurgericht verurteilte den 53-jährigen Arbeiter Georg Singer wegen Verletzung des Gesetzes über die Geschlechtskrankheiten in einer unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Verhandlung zu drei Jahren schweren Arbeiters, verurteilt durch einen alibierteilfähigen Richter, verurteilt durch einen alibierteilfähigen Richter, verurteilt durch einen alibierteilfähigen Richter, verurteilt durch einen alibierteilfähigen Richter.

Wieder ein Grenzgefecht in Fernost

Moskau. (Tsch.) Am 25. d. um 10 Uhr vormittags überschritt eine aus sieben Mann bestehende bewaffnete japanische Abteilung von Mandschurien aus im Gebiet von Chuntschun unweit der Stelle, wo sich die sowjetrussische, die mandschurische und die koreanische Grenze berühren, die sowjetrussische Grenze, drang 250 Meter auf sowjetrussisches Territorium ein und eröffnete auf die aus fünf Mann bestehende sowjetrussische Grenztruppe, die sich 300 Meter von der Grenze entfernt befand, das Feuer. Nach etwa halbstündigem Feuergefecht waren die Japaner gezwungen, sich jenseits der Grenze in der Richtung auf Chuntschun zurückzuziehen. Sie ließen zwei Tote, einen japanischen Offizier und einen Soldaten, auf sowjetrussischem Gebiet zurück.

Am 25. d. überschritt eine größere japanische Abteilung von etwa 50 bis 60 Mann mit Gewehren und schweren Maschinengewehren im gleichen Grenzabschnitt die Sowjetgrenze, drang

Wie sie lügen!

Die Hintergründe einer Interpellation des SdP-Abgeordneten Sandner

In der „Mundschau“ Nr. 9 vom 1. März 1936 unter dem Titel: „Mißbrauch sozialer Einrichtungen“ über eine Interpellation der SdP-Abgeordneten Sandner, Liebl und Genossen beim Minister für soziale Fürsorge berichtet, in der behauptet wird, daß die Gemeindefiskalkommission in Hohenstein (Bezirk Neudorf) Lebensmittelkarten an nichtbezugsberechtigte Personen ausbe, während sie sechsöpfige Familien überhaupt nicht berücksichtigt. Auch bezöge die Schwägerin des Gemeindevorstehers Genossen Kraus Lebensmittelkarten, obwohl sie einen haatlichen Tabakverschleiß habe. Auch ein in Arbeit stehender Bruder bezöge die Lebensmittelkarten. In der Notiz wird weiter behauptet, daß der Vorsteher der Lebensmittelkarten gar nicht ausbe, da er einen Laden habe und gleich die Lebensmittel ausbe, bezw. die Arbeitslosen den Empfang der Karten bekäftigen lasse und sie dann in seine Krämerlei schide.

Diesen Unwahrheiten und Entstellungen sei die Wahrheit entgegengehalten: Die Gemeindefiskalkommission in Hohenstein verteilt die Lebensmittelkarten strikte nach den Befehlen der Bezirksbehörde und nach den Richtlinien des Ministeriums für soziale Fürsorge. Frä. Veria Kraus (geb. 1886), von Perun Heimarbeiterin, gebrechlich, hat tatsächlich einen Tabakverschleiß, der ihr ein wöchent-

liches Einkommen von sechs bis sieben Kronen bringt. Sie hat einen ordentlichen Arbeitsnachweis als Heimarbeiterin und die Bezirksfiskalkommission hat ihr die Karten gewährt. Der Bruder der Kraus, Anton Kraus, hat, seitdem die Ernährungsaktion besteht, noch nie eine Karte bezogen. Die Abg. Sandner und Liebl haben daher beim Fürsorgeminister eine Unwahrheit behauptet.

Im Ort gibt es nur ein einziges Geschäft, die Krämerlei des Genossen Kraus. Die Arbeitslosen wurden durch die Mitglieder der Gemeindefiskalkommission befragt, wo sie ihre Ernährungskarten gegen Waren eintauschen wollen, ob im Orte oder im Nachbarorte. Die Arbeitslosen selbst erklärten, daß sie natürlich im Orte mit den Karten eintauschen, da es ja eine Dummheit wäre, erst zwei Kilometer in die Nachbargemeinde einlaufen zu gehen. Es handelt sich um 20 bis 21 Lebensmittelkarten in der Periode. Die Arbeitslosen selbst haben erklärt, daß sie gleich für die Karten die Waren im Geschäft des Gemeindevorstehers haben wollen.

Die Gemeindefiskalkommission hat überhaupt nie Familien aus der Ernährungsaktion abgewiesen, weil sie angeblich Mißarbeiter waren, am allerwenigsten sechsöpfige Familien.

Der Maurer Anton Wirtner, SdP-Mann mit sechsöpfiger Familie, war vom Juni bis Dezember bei einem Straßenbau beschäftigt, wurde aber trotzdem ständig in den Listen geführt. Erst im Dezember wurde Wirtner von Bezirk aus der Liste gestrichen, weil er als Saisonarbeiter länger als drei Monate während der Saison beschäftigt war. Sein neuerliches Aufsuchen wurde von der Bezirksbehörde abgewiesen.

Im Sommer vorigen Jahres erfolgte gegen die Gemeindefiskalkommission eine Anzeige, die durchweg unwahre Behauptungen enthielt. Die Gesundheitsbehörde untersuchte die Angaben und mußte feststellen, daß die Anzeige vollständig unbegründet ist. Darauf verlangte die Gemeindefiskalkommission Vorladung zur Bezirksbehörde. Dort wurde das Vorgehen der Gemeindefiskalkommission als den Richtlinien entsprechend bekäftigt. Die Anzeiger, Anton Wirtner und Josef Seifert, beide SdP-Männer, wurden wegen Verleumdung der Gemeindefiskalkommission mit 3 wöchent-

den Arrest bestraft. Wir überlassen das Urteil über die SdP und ihre Methoden auch in dieser Angelegenheit der Öffentlichkeit.

Zur Mund- und Zahnpflege sowie Reinigung der Haut verwende man

Franzbranntwein



Karlsbader Film. Man schreibt uns aus Karlsbad: Die Karlsbader bürgerliche Lokalpresse befaßt sich in einem launisch anmutenden Postkartartikel mit einer nur allzu berechtigten Kritik eines Prager Blattes, in der, unter Anführung von Tatsachen, zu der unterprovinziellen Propagandaleitung der Karlsbader Kinos Stellung genommen wurde. Das Karlsbader Film-Repertoire ist, wenn man es unter Berücksichtigung der exponierten Stellung Karlsbads als Weltkurort betrachtet, tatsächlich ein Skandal, der auch die Nicht-Karlsbader angeht. Aus billigen politischen Vorurteilen heraus wird die amerikanische, zum Teil künstlerisch außerordentlich hochwertige Produktion, bewußt boykottiert. Das geschieht vor allem, um den Platz möglichst monopolistisch für die gleichgeschaltete Disserproduktion freizuhalten und so den spärlichen Devisenfluß des Herrn Schacht aufzufüllen. Die Kaufleute zu zeigen verbietet die enge Verbundenheit mit der SdP. Dafür steigen „Welturaufführungen“ vom Format eines graufig primitiven und unfaßbar kitschigen Henlein-Wilderebogens —, in dem man den Turmwart in allen möglichen und unmöglichen Posen im Kreise seiner Familie bewundern kann. Ein Film wie „Epißode“, ein Standardwerk wie „Biba Billa“ ist in Karlsbad noch nicht gelaufen; beide Filme sind schon vor Monaten in den kleinsten Städten des Bezirks unter ungeheurem Zulauf des Publikums im Repertoire erschienen. In Karlsbad spielen die Kinos lieber die unterdurchschnittlichen Serienfabrikate der Goebbelsindustrie zwei- und dreimal (was oft vorkommt), nur um nicht, aus Mangel an Material, gezwungen zu sein, auch einmal nach Qualität zu greifen! Dabei haben die ollen ehrlichen Kritiker, die sich, ohne Argumente, aber mit viel Volkspatriotismus, gegen die Prager Kritik wenden, die Stra, zu behaupten, daß die Karlsbader Kinosprogramme den Prager „zum mindesten ebenbürtig seien“. Im übrigen wendet man sich gegen „gewisse tendenziöse Filme“, die von einer „gewissen Presse forciert“ würden. Nach wütenden Ausfällen erklärt man feierlich, daß man sich nie von Prag ein Niveau vorzuschreiben lassen würde...

Itallener rücken vor

Chartum. (Reuter.) Aus Abyssinien trafen hier Berichte ein, denen zufolge zwei italienische Kolonnen im Gebiete westlich von Ertrichän über den Fluß Setit in der Umgebung von Ambara vorrückten. Das Ziel ihres Vormarsches ist Gondar. Eine Kolonne geht von Ambagar aus über Roggar die zweite von Sitono nach Bircutan vor. Auf der anderen Seite rücken abessinische Militärabteilungen von Debrahor in der Richtung gegen Debata und Tschilga im Norden vor.

Tagesneuigkeiten

„Deutsche“ und Deutsche

Wie lesen in der „Přítomnost“:

Für Henleins „Die Zeit“ ist Heinrich Mann, welchem der Ort Stuteč das Heimatrecht verliehen hat, ein „Deutscher“, von dessen Deutschtum man nur in Anführungszeichen schreiben kann. Unlängst hat Henlein von der kulturellen Verbundenheit aller Deutschen auf der Welt gesprochen. Heute kann man davon nicht sprechen und es bezeugt das auch „Die Zeit“, welche „Deutsche“ und Deutsche unterscheidet. Heinrich Mann, den ein hübscher Teil Europas kennt, ist für „Die Zeit“ ein „Deutscher“, d. h. ein deutscher Mensch, dem die Henlein-Deute das Deutschtum nur in geringem Maße zuerkennen. Aber das Muster eines Deutschen ist Konrad Henlein, den vor drei Jahren niemand kannte. Ein Deutscher ist Herr Bannemacher, der in der Zeit, da er beim „Prager Tagblatt“ gewesen ist, noch ein „Deutscher“ gewesen ist. Ein Deutscher ist Herr Kosch, den auch die Henlein-Deute feinerzeit nur als einen „Deutschen“ angesehen haben. Der Schriftsteller, dessen Bücher in einer weit größeren Auflage erscheinen als Henleins „Die Zeit“, ist nur ein „Deutscher“, während Herr Hollube, der ein radikaler Kommunist gewesen ist, heute ein Deutscher ohne Anführungszeichen ist. Heinrich Mann hat seine arischen Großmütter völlig in Ordnung, sein Deutschtum ist in „Der Zeit“ nur deswegen in Anführungszeichen gekommen, weil er ein Gegner des politischen Regimes im Dritten Reich ist. Es gilt also auch für das Zentralorgan der Henleinpartei, daß derjenige, der mit Hitler und dem Dritten Reich nicht sympathisiert, nur ein „Deutscher“ ist.

Ein weißer Kade. Der Troppauer Finanzdirektion ist ein Schreiben eines unbekanntem Absenders zugegangen, in dem dieser bekannt gibt, daß er nachträglich freiwillig 17.500 Kč an Steuern entrichtet habe, weil sich seine Vermögensverhältnisse zusehends gebessert haben. Gleichzeitig wurde der Finanzdirektion der erwähnte Betrag eingehändigt. Der Schreiber gibt in dem Brief zu, in den vergangenen Jahren nicht das ganze Einkommen zur Besteuerung einbekannt zu haben, und entschuldigt sich mit Anfangsschwierigkeiten und Sorgen um die Sicherung des Lebensunterhaltes seiner Familie. Nun aber macht er seinen Bericht durch Vermittlung der Bürgerlichen Vorstandschaft in Orlová als ungenannter Steuerzahler gut.

Tod im Schacht. Auf der Johanna-Schachtanlage in Bobrov-Karst bei Deuthen ereignete sich in vergangener Nacht ein schwerer Unfall. Untertags gingen große Gesteinmassen zu Bruch, wobei vier Bergleute erschüttert wurden. Sie konnten nur mehr als Leichen geborgen werden.

Keine Subventionen für Wasserleitungsbauten. Da in letzter Zeit einige Gemeinden beim Gesundheitsministerium um die Subventionierung von Wasserleitungsbauten antraten, teilt dieses mit: Das Finanzministerium, von dem das Gesundheitsministerium für jede Subventionierung die Zustimmung einholen muß, gewährt seit Ende 1932 diese Zustimmung grundsätzlich nicht, und zwar so lange nicht, als die durch das Gesundheitsministerium aufgenommenen alten Verbindlichkeiten nicht restlos abgetragen sind, was bei der gegenwärtigen Dotierung noch wenigstens fünf Jahre dauern wird. Aus diesem Grunde teilt das Gesundheitsministerium wegen der Subventionierung von Wasserleitungsbauten an das Finanzministerium überhaupt nicht mehr heran und weist alle einschlägigen Ansuchen grundsätzlich ab.

Der neue Gesandte der französischen Republik in Prag. Leopold Victor de La Croix, der Donnerstag sein Beglaubigungsschreiben überreichte, ist Berufsdiplomate. Er ist im Jahre 1878 geboren. Zu Beginn seiner Diplomatenerkarriere war er Botschaftssekretär in Konstantinopel und später in Berlin. Zu Beginn des Weltkrieges war er Vertreter des Kabinettschefs des französischen Außenministers Biviani, während des Krieges und nachher war er Botschaftsrat in Bern. In den Jahren 1926 bis 1929 war de La Croix französischer Delegierter in der Internationalen Donankommission, in welcher Eigenschaft er die mitteleuropäischen Verhältnisse und die Tschechoslowakei gut kennen lernte.

Umbenennung der Sportzigaretten. Der Umsatz der Sportzigaretten ist in letzter Zeit beträchtlich gestiegen. Diese Zigarettenorte soll daher eine neue Form erhalten und oval, ähnlich wie die Wafeln, erzeugt werden. Außerdem sucht die Tabakregie nach einem neuen Namen für die bisherigen Sportzigaretten.

Auto gegen Eisenbahn. Mittwoch, den 26. März, um 10 Uhr stieß bei dem ungeschützten Bahnübergang der Station Proschwitz an der Räfte das Personenauto Dr. Alfred Jaskes aus Goblons mit dem Personenzug Nr. 6907 zusammen. Das Automobil wurde erheblich beschädigt, verletzt wurde niemand. Die an der Lokomotive und an einem Personenzug verursachte Beschädigung ist geringfügig. Der Zug setzte die Fahrt nach kurzem Aufenthalt fort.

Ein Dokument der Schande

Die Anklage gegen Thälmann

Wenige Tage bevor das reichsdeutsche Volk in tiefer Unwissenheit über das eigene Land und das Ausland zu den Urnen getrieben wird, ist die Anklageschrift des Oberreichsanwalts Dr. Werner gegen Ernst Thälmann im Ausland bekannt geworden. Innerhalb Deutschlands bleibt sie auch weiter Geheimnis.

Der Vorsitzende der SPD Ernst Thälmann, sitzt seit dem 3. März 1933 ununterbrochen gefangen. Die Anklageschrift ist abgeschlossen am 17. Dezember 1934. Wenige Tage vorher erklärte der Oberreichsanwalt in einem Interview der „Berl. Vorkriegszeitung“, der Prozeß werde in den nächsten Wochen beginnen und den vollen Beweis liefern, daß die SPD einen gewalttätigen Aufstand mit Mord, Brand, Plünderung und Menschenmord beabsichtigt habe.

Die Prager „Union für Recht und Freiheit“ hatte den Rechtsanwalt Dr. Souček eruchtet, diese Anklageschrift vor Vertretern der Presse zu besprechen. Seinen Ausführungen war u. a. zu entnehmen, daß die „Beweise“ für antimilitaristische Betätigung Thälmanns bis 1926 und weiter zurückgehen, als die friedliche Vertretung kommunistischer Ansichten vollkommen straflos war. Da soll Thälmann ein Vorwort zu einer längst verschwundenen und auch damals recht unbekannt gebliebenen Broschüre „Anti-Kautilus“ geschrieben haben. Später soll Thälmann, der niemals ein Schriftsteller war, den Entwurf einer Broschüre geschrieben haben, die zum gewalttätigen Sturz der Hitlerregierung auffordern sollte. Dieses Manuskript und sonstige

„Beweise“ will man im November 1933 in „Geheimstellen“ des Berliner Karl-Liebknecht-Hauses gefunden haben, nachdem dieses Haus schon mindestens drei Vierteljahre im ungestörten Alleinbesitz der Nazis gewesen war!

Thälmann erklärt diese „Beweise“ für Fälschungen. Von vier Zeugen, die darüber in der Untersuchung vernommen wurden, haben zwei im gleichen Sinne wie Thälmann ausgesagt. Die Anklage erklärt diese beiden Zeugen als „Leidenschaftliche Kommunisten“ und darum vollkommen unglaubwürdig. Ein dritter Zeuge hat sich der

Aussage enthalten (vermutlich wegen näher Verwandtschaft), nur der vierte Zeuge — Kazaus — bezeichnet Thälmann als den Verfasser. Dieser Zeuge Kazaus, ein Kommunist, gehört seit dem Sommer 1933 der Gestapo als Beamter an!

Von den insgesamt 32 Zeugen, die die Anklage nennt, sind sechzehn Gestapobeamte, zwei notorische Spione und sieben selbst politische Gefangene, also ganz in der Gewalt jener „Behörde“, die bereits zwei Zeugen der Anklage in der Voruntersuchung erschlagen hat. Das alles genügt wohl, um nicht nur das Verfahren gegen Thälmann, sondern die ganze „Justiz“ des Dritten Reiches ausreichend zu kennzeichnen.

Bleibt nur die Frage, warum die Hauptverhandlung vor dem „Volksgerichtshof“ — zwei gelehrte Richter und drei SA-, SS- und Geeresoffiziere — immer wieder hinausgeschoben wird. Die Angst, mit einer völlig sinnlosen Anklage nicht durchzukommen, kann im heutigen Deutschland nicht bestehen. Man schickt tagaus tag ein Duzende Sozialdemokraten und Kommunisten auf acht, zehn, fünfzehn Jahre ins Zuchthaus, man hat sie massenhaft erschlagen, „auf der Flucht“ erschossen, „von Rechts wegen“ gefoltert. Aber für Thälmann ist das Ausland rechtzeitig interessiert, in die Weltpresse mobil gemacht worden. Er ist gleich nach der Niederbrennung des Reichstagsgebäudes durch die Nazis verhaftet worden, kann also gegen die Hitlerregierung gar nichts unternommen haben. Man scheute sich bisher, ihn nach drei Jahren Untersuchungshaft auf zehn Jahre ins Zuchthaus zu werfen — ihn, der vier Jahre an der Westfront stand, das Eisene Kreuz, das Hanseatenkreuz und das Verwundetenabzeichen erhielt. Aber wenn man auch Thälmann noch schon — die Gelatamben der Opfer hören nicht auf, solange nicht die Welt und vor allem das deutsche Volk denen in den Arm fällt, die selbst alles tun, was sie Thälmann und seinen Genossen als von ihnen gewollt nachsagen.

Selbstmörder im Finanzministerium. Im Gebäude des Finanzministeriums in Prag III, verübte am Donnerstag der ehemalige Schutzmacher Josef P r o s h á z k a aus Jemčitz, zuletzt in Prag XI, Wohnhaft, Selbstmord. Im Ministerium hatte er nur um die Rechtsbelehrung eruchtet, wie er die Rückgabe einer alten Steuerüberzahlung erreichen könnte. Es wurde festgestellt, daß Prosházka keine Steuer überzahlt hat. In den bei dem Selbstmörder vorgefundenen Briefen bezeichnet er als Veranlassung zu seiner Tat den wirtschaftlichen Verfall des Schutzmacherberufes. Es versteht sich, daß Prosházka in unerfreulichen wirtschaftlichen und familiären Verhältnissen lebte.

Erhöhte Exportzoll-Kaufkraft nach Deutschland. Das Abkommen mit Deutschland über gegenseitige Zollbegünstigungen für Musikinstrumente, das am Donnerstag vom Parlament angenommen wurde, basiert auf einer Vereinbarung der interessierten Industrien auf tschechoslowakischer und deutscher Seite. Deutschland setzt den Zoll für Saxophone tschechoslowakischer Erzeugung von 700 auf 500 Mark pro 100 Kilo herab und erhöht das tschechoslowakische Kontingent für Musikinstrumente von 250.000 auf 420.000 Mark, woran namentlich unsere Saxophonerzeugung profitiert. Daneben senkt die Tschechoslowakei den Zoll für Blech- und Ziehharmonikas von 1500 auf 900 und für umspannene Saiten von 1800 auf 1000 Kč pro 100 Kilo herab. Die Einfuhr von Musikinstrumenten aus Deutschland wird dem Werte nach auf 50 Prozent der Laste des Jahres 1931 festgelegt, so daß sich die Begünstigungen gegenseitig so ziemlich kompensieren.

Der vertriebene Käse. An mittelalterlichen Landhofsstätten erinnert ein Vorfall auf dem Viehmarkt in O a b h e i a (Rachböhmen). Ein Landwirt, der sich in einem Kontraktspiel mit Kasandern beteiligte, verlor nicht nur sein gesamtes Bargeld, sondern auch seinen o n d e w a s e n e n C h f e n, den er eben erst für tenares Geld erstanden und dann aufs Spiel gesetzt hatte.

Ein Waggon Dynamit explodiert. In dem mexikanischen Hafen Tullenango explodierte infolge eines heftigen Anpralls ein Eisenbahnwaggon mit einer Dynamitladung. Durch die Explosion wurde der ganze Bahnhof vernichtet und die Trümmer gingen in Flammen auf. Außerdem vernichtete der Brand 20 in der Nähe des Bahnhofes liegende Gebäude und zahlreiche Eisenbahnwaggons. Das Unglück forderte 20 Todesopfer und 50 Verletzte.

Unfall im Steinbruch. In einem Steinbruch bei Böhmisch-Kamnitz wurde ein Arbeiter von herabstürzenden Geröllmassen erschüttert und erlitt mehrfache Knochenbrüche.

Letzte Rettungsoberfläche. Hauptmann hat ein zweites Gesuch an das zuständige Gericht unterzeichnet, das seine erste Berufung vom 11. Jänner d. J. verworfen hatte.

Im Nebel gefentert. Donnerstag früh kenterte im dichten Nebel in der Nähe des Leuchtschiffes Dudgeon in einer Entfernung rund 24 Meilen nordwestlich von Cromer der französische 1182 Tonnen-Dampfer „Vorce“, der mit 22 Mann Besatzung von Tonne nach Caen unterwegs war. Ein spanischer Dampfer hat jedes Mitglied

Neue Opfer in Warschau Und neue Schießereien

Warschau. Im Krakauer jüdischen Spital sind zwei weitere Opfer der mörderischen Straßenschlägereien gestorben, so daß die Zahl der Todesopfer damit auf zehn gestiegen ist.

In G e n s t o c h a n kam es am Donnerstag zu schweren Arbeitlosenunruhen, welche einen blutigen Verlauf nahmen. Nach einem offiziellen Kommuniqué drangen nämlich in das Gebäude des öffentlichen Arbeitsamtes und des Hilfsamtes für Arbeitslose eine große Gruppe von Arbeitslosen ein. Im Laufe der Auseinandersetzungen schoß die Polizei sechs der Demonstranten erlitten schwere Verletzungen. Nach Eintreffen größerer Polizeieinheiten wurden die Arbeitslosen auseinandergetrieben.

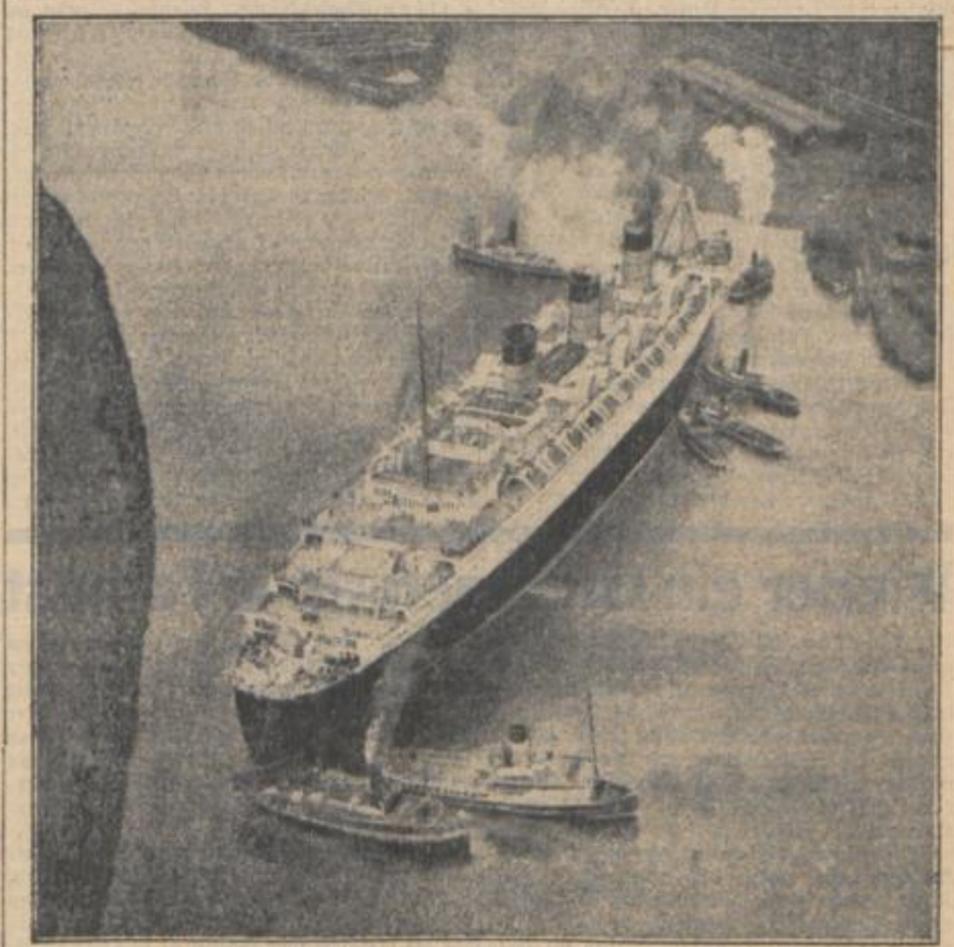
Glückbringende Elefanten. Die Elefanten des Zoologischen Gartens in Bombay werden von ihren Wärtern täglich auf längere Spaziergänge geführt, um den Tieren die nötige Bewegung zu ermöglichen. Dabei kann man beobachten, daß die Frauen mit ihren Kindern das Vorbeikommen der Elefanten erwarten und, da die Tiere völlig zahm sind, wischen deren Beinen hindurchlaufen. Sie zahlen dafür den Wärtern eine Kleinigkeit, aber glauben, daß ihr Kind mancher Zeit seines Lebens von jedem Unglücksfall geschützt ist. Denn es gibt nichts, was einem im Leben mehr Glück bringen kann, als wenn man sich einmal zwischen den Beinen eines Elefanten befunden hat, ohne von diesem zerquetscht zu werden. Diesem uralten Glauben kann heute gefahrlos gemutet werden.

Unschöne Wetterlage. Über Mitteleuropa verläuft nunmehr eine ausgedehnte Warmfront. Aus Polen, wo Donnerstag nachmittags stellenweise weniger als plus 5 Grad verzeichnet wurden, sind kühlere Luftmassen aus über dem Nordteil Böhmens Schlesiens und teilweise auch über die Slowakei vorgezogen. In diesem Gebiet ist die Temperatur bereits zurückgegangen und stellenweise hat es dort ein wenig geregnet. Im übrigen Teil des Binnenlandes ist es dagegen noch schön und warm geblieben. In Oesterreich liegt die Temperatur bis auf 23 Grad. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Zunahme der Bewölkung und der Niederschlagsneigung; kühler. Wetterlage Freitag und Samstag: Unbeständig und mäßig kühl.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Samstag:
Prag, Sender 2: 12.35: Russk. Salonkonzert, 15: Tschechische moderne Musik, 16.05: Hebertragung aus dem Svandatheater: Kufacka, 17.55: Deutsche Sendung: Hebertragung aus Rumburg: Konzert: Weitere böhmische Volkslieder und Mundartdichtungen, 18.45: Deutsche Presse, 19.15: Lußige Lieber, 22.30: Tanzmusik, Sender 3: 7.30: Letzte Musik auf Schallplatten, 14.10: Deutsche Sendung: Janselhof: Russk. Heldengeschichte, 14.50: Deutsche Nachrichten, 18: Populäre Schallplattenfolge, 18.45: Rakulejänger. — **Brann** 17.40: Deutsche Sendung: Beethovenkompositionen, 19.50: „König von Paris“ Rundfunkspiel. — **Freiburg**, 12.15: Opernmuff. — **Kashan** 21.20: Populäres Konzert.



Die erste Fahrt des größten Schiffes der Welt

Die „Queen Mary“, das größte Schiff der Welt, wurde am Dienstag von dem bisherigen Liegeplatz im westschottischen Räschen Gude zum Meer geschleppt, um nach Southampton übergeführt zu werden. Zum erstenmal sah man das gewaltige Schiff, dessen genaue Form noch nicht endgültig bekanntgegeben wurde, während der Fahrt, die zu einem Volksfest für viele Tausende wurde.

Ausland

Die englische Aufrüstung. (A.P.) Der Schwerpunkt der englischen Aufrüstung zu Lande liegt weniger in der Reuaufstellung von Regimentern als in der Modernisierung und Reorganisation der englischen Armee. Die Territorialarmee, die einen Fehlbestand von 32.000 Mann aufweist, soll in kürzester Frist auf ihre volle Stärke von 184.000 Mann gebracht werden. Eine Anzahl von Verbänden wird ausschließlich auf den Aufbruch des Heimatlandes eingeteilt werden. Was die reguläre Armee anbelangt, so werden die in Ägypten befindlichen Kavalleriekräfte motorisiert. Ferner ist eine erhebliche Verärgerung der Panzertruppen vorgesehen. Infanterie, Artillerie, Pionier- und Nachrichtenabteilungen werden in härterem Maße motorisiert werden. Nach französischem und italienischem Muster wird die Ausstattung der verschiedenen Einheiten mit Kleinwaffenwagen erfolgen. Besondere Bedeutung kommt fernerhin der Schaffung eines Verteidigungsministeriums zu, das die Aufgabe hat, zwischen den verschiedenen Wehrministerien zu vermitteln. Schließlich ist im Zusammenhang mit den durch die englische Aufrüstung aufgeworfenen Fragen die Organisation der Industrie für den Krieg zu erwägen. Man weiß, daß es gilt, schon im Frieden gewisse Vorkehrungen zu treffen, um eine Wiederholung der Munitionsknappheit zu vermeiden, die sich im Weltkrieg so stark fühlbar machte. Man will wegen der maßlosen Verschwendung produktiver Kräfte nicht den Weg Deutschlands gehen, das tiefe Vorräte an Munition und Waffen aufstapelte, sondern bevorzugt die Methode, eine Organisation zu schaffen, die im Kriegsfall die industrielle Produktion des Landes von einem Tag auf den anderen für die Bedürfnisse der Kriegführung umstellen kann. Hand in Hand damit geht die Verlegung von Munitionsfabriken und Waffenarsenalen nach entlegeneren Gebieten, die den Angriffen aus der Luft weniger ausgesetzt sind, ein Verfahren, das man ja auch von Deutschland und der U.S.A. her kennt. Beim Bau neuer Fabriken und bei der Verlegung von Ausrüstungsträgern sollen nach Möglichkeit diejenigen Gebiete berücksichtigt werden, die von der Arbeitslosigkeit am schwersten betroffen sind.

Anerkennung der Sowjetunion durch die Schweiz? (H. K.) Wie die „Eidweib“ melden, wird in der Schweiz mit der bevorstehenden Anerkennung der U.S.S.R. durch die Schweiz geredet. Die Haltung der schweizerischen bürgerlichen Presse scheint dieses Gerücht zu bestätigen. Es wird ohne Dementi davon Kenntnis genommen, daß die Anerkennung noch vor Ostern vollzogen werden soll. Die Schweiz ist eines der letzten Länder, das mit der Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen unterhält. Seit dem Abbruch im Jahre 1922 (wo Contrat, der Röder des Sowjetstaates (S. 201) von den schweizerischen Gerichten freigesprochen wurde, gehörte die Feindschaft gegen die U.S.S.R. zum „eisernen Bestand“ der schweizerischen Außenpolitik. Deren Exponent war der katholisch-konservative Bundesrat Giuseppe Motta, der sich durch sein Auftreten gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund bei den Reaktionen aller Länder einen guten Namen gemacht hat. Aber die Handelsinteressen der schweizerischen Maschinenindustrie scheinen jetzt, wo der russische

Markt unter dem Eindruck der ständig zurückgehenden Ausfuhr immer unwiderstehlicher lockt, den Sieg über alle „moralischen“ Bedenken davonzutragen. Auf Initiative der Maschinenindustriellen von Winterthur hat sich ein bürgerliches Komitee für die Anerkennung der Sowjetunion gebildet, dessen Argumente offenbar auch im Bundesrat ihren Eindruck nicht verfehlen.

„Zeitschrift für Sozialismus“. Das soeben erschienene Märchen dieser vorwiegend reichsdeutsche Verhältnisse behandelnden Zeitschrift enthält einen bemerkenswerten Artikel von Paul Sering über „Historische Voraussetzungen des deutschen Nationalsozialismus“. In den Artikeln, die Sering in den vorhergehenden Heften veröffentlichte, hatte er gezeigt, daß der Faschismus eine grundsätzlich neuartige Erscheinung ist, die aus dem Zusammenstoß der ökonomischen Entwicklungstendenzen des gegenwärtigen Kapitalismus mit einer voll entwickelten Interessendemoskratie bei

einer bestimmten Ausprägung der Krise und der Klassenverhältnisse notwendig hervorgeht, sofern die sozialistische Gestaltung dieser Krise nicht gelingt. In dem neuen Artikel beschäftigt sich Sering mit den Besonderheiten der deutschen Entwicklung. Er untersucht daher kritisch, welche besonderen organischen, klassenmäßigen und ideologischen Elemente dieser Entwicklung im halbabsolutistischen Deutschland erzeugt wurden, wozu aus welchen Gründen und in welcher Gestalt sich diese Elemente in der Weimarer Republik erhielten, drittens, wie durch den Einfluß der ökonomischen Probleme der Nachkriegszeit eine Entwicklung dieser Elemente zu etwas Neuem, eben der deutschen faschistischen Bewegung erfolgte. Willi Müller schreibt über Ursachen und Wirkungen von „Hitlers fait accompli“, Gregor Wienold über „Problematisches Japan“. Außerdem enthält das Heft eine reichhaltige Bücherchau. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch die Verlagsanstalt Graphia, Karlsbad. Preis des Heftes 4 Kč.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Zivnobank in der Kohle- und Eisenindustrie

Die Zivnobank kann heute wohl als die mächtigste Beherrscherin der tschechoslowakischen Industrie angesehen werden. Sie hat sich eine große Anzahl Konzernunternehmungen aus beinahe allen Zweigen der Wirtschaft angegliedert. Allein in der Kohlen- und Eisenindustrie gehören ihr die folgenden Unternehmungen an: Die Berg- und Hüttenwerks-Gesellschaft die Coburgwerke AG, die Ferdinand-Nordbahn-AG, die Böhmische Handels-Gesellschaft, die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, die Gostomoravka-Stollen-Zandl-AG, die Polidružice, die Ringhofferwerke, die Lattwerke, die Mährisch-Schlesische Fahrzeugwerke, die Rammesmann-Drehwerke in Komotau, die Moravia-AG in Olmütz, die Ostrav, die Metallwerke, die Metallwerke Siabonow, die Ruma-Metal-AG, die Gebrüder Guimann AG in Prag, und das Kohlengeschäft der Zivnobank.

Mit diesem gewaltigen Einfluß in die Kohle-, Metall- und Maschinenindustrie ist den Beherrschern der Zivnobank, deren Präsident Dr. Precht ist, zugleich die Entscheidung über das Schicksal von vielen zehntausenden Arbeitern in die Hände gegeben.

Der 13. internationale Buchdrucker-Kongress findet vom 2. bis 5. September 1936 in Luxemburg statt. Auf der Tagesordnung stehen der Bericht des Sekretariats, Referent internationaler Sekretär Grundbacher, der auch über die Lage in den faschistischen Ländern referiert. Neben die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf das graphische Gewerbe referiert der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes in der Tschechoslowakei, Genosse Senator B. Němecel.

Gerichtssaal

Das eigene Sterbegeld behoben

Prag. Der 43jährige Jaroslav F e r r, Mitglied der hiesigen Allgemeinen Bezirkskrankensicherungsanstalt, beschloß, aus dieser Versicherung

auf ziemlich abenteuerliche Weise Kapital zu schlagen.

Eines Tages erschien er nämlich bei der Krankenversicherung, wo er sich als Josef Ferrer, Bruder des Verstorbenen Jaroslav Ferrer vorstellte und unter einem Tränenstrom erklärte, sein „armer Bruder“ (also er selbst) sei in der vergangenen Nacht gestorben und man möge freundlich das Sterbegeld auszahlen. Für solche Liquidationen bestehen natürlich Vorschriften, die auch durch die rührendsten Gefühlsausbrüche nicht zu erfassen sind. Man sagte also dem kändig weinenden „Bruder“, er solle zunächst den Totenschein und die Begräbnisrechnung vorlegen. Ferrer ließ sich nicht erhitzen.

Die Begräbnisrechnung war leicht genug beschafft. Eine mit ihm gut bekannte Inhaberin eines Bestattungsinstitutes, eine Frau Cecinka, ließ sich ohne weiteres herbei, ihm eine falsche Rechnung über Begräbniskosten im Betrag von 640.— Kč auszustellen. Ferrer war es mit dem Totenschein. Zunächst verfuhr er in ziemlich einfältiger Art, beim Pfarramt des Stankenhofes einen solchen zu erhalten. Natürlich wurde er abgewiesen, denn wo kein Toter ist, kann auch kein Totenschein ausgestellt werden. Ferrer ging also hin und falschte dieses Dokument, das ihm seinen eigenen Tod bescheinigte. Auf diese Weise gelang es ihm das Sterbegeld zu beheben.

Er erfreute sich seines Erfolges freilich nur kurze Zeit, denn die moderne Erbschaftsführung bedingt betrieblige Schwindelerei naturgemäß in kurzer Zeit auf. Die ergatteten 640 Kč kommen Ferrer teuer zu stehen, denn die Falschung einer öffentlichen Urkunde — und ein Totenschein ist eine solche — wird als Verbrechen geahndet. Das Ende vom Liede war, daß der „lebende Leichnam“ vom Strafamt trotz zu sechs Monaten Kerker verurteilt wurde. th.

Einträgliche „Protektion“

Prag. Hochgestellte und einflussreiche Protektoren sind in der heutigen Zeit besonders gefragt und gesucht. Als der Buchhalter Ulrich P a d a l im Jahre 1929 seinen Posten verlor, ging er hin und wurde ein berufsmäßiger „Protektor“, d. h. er gab sich fälschlicherweise als einflussreichen Advokaten, bald als Ministerialbeamten, bald als Gendarmen-Offizier u. dgl. aus und knüpfte Bekanntschaften mit Leuten an, die gerade irgendeine Protektion nötig hatten und denen er seine Vermittlung anbot. Zum größten Teil rekrutierten sich seine Klienten aus St e i l e n s u c h e r n, die gern bereit waren, dem vermeintlichen Doktor, Ministerialkommissar, Gendarmemajor usw. etliche Hundert oder Tausender in die Hand zu drücken, wenn der einflussreiche Herr ihnen zu einem Posten ver-



Das „Traumauge“ auf dem Transport

Die größte Teleskoplinse der Welt, die mit einem Kostenaufwand von 6 Millionen Dollar für ein amerikanisches Observatorium hergestellt worden ist, wurde kürzlich mit einem Spezialwagen der Eisenbahn an Ort und Stelle gebracht. Die Amerikaner nennen diese Linse, die es ermöglichen soll, Billionen Lichtjahre zu überbrücken, Traumauge.

Kein Wunder, daß die jugendlichen Ära des angeblich so einflussreichen Protektors, der heute erst 32 Jahre zählt. Es zeigt sich auch hier wieder die behauerliche Erscheinung, daß der Glaube an die Alimachankafischer Protektion in der Administrativ in breiten Schichten Wurzel gefaßt hat und eine solche beflagenwerte Entartungserscheinung im Bereich des öffentlichen Lebens als Selbstverständlichkeit angesehen wird.

Ulrich Padal führte auf Kosten seiner gemäßigten Klienten ein behagliches Leben und es dauerte volle sechs Jahre, ehe er im November v. J. endlich verhaftet wurde. Die Untersuchung deckte natürlich nur einen Bruchteil seiner hochkapitalistischen Betrugereien auf. Immerhin führt die Anklage 24 geschädigte Personen an und beziffert den festgestellten Schaden mit mehr als 30.000 Kč, was, wie erwähnt, nur einen Teil des Gesamtschadens darstellt. Als Padal merkte, daß die Sache brenzlich wurde, suchte er sich dadurch zu salbieren, daß er sich auf die psychiatrische Klinik begab und dort verschiedene Alorien aufwachte, in der Hoffnung, für unzurechnungsfähig erklärt zu werden. Dieses Manöver mißlang indessen völlig, denn die Jrenärzte erkannten ihn für geistig absolut normal. Vor dem Strafamt sträubte er sich vergeblich, er allerlei Auswüchse, denen das Gericht aber keinen Glauben schenkte. Der betrügerische „Protektor“ wurde zu sieben Monaten schwebel Kerker verurteilt, und zwar unbedingl.

Verlangt überall Volkszähler

Die Stimme aus dem Exil

Zum fünfundzwanzigsten Geburtstag Heinrich Manns am 27. März 1936

Den Dichter, der als bewährter Warner seiner Epoche den Spiegel vorgehalten hat, mögen manchmal im Traum die Figuren seines Wertes umtanzen, zu Spitzgestalten gesteigert, das Gesicht zur Grimasse verzerrt. H e i n r i c h M a n n, der heute in der Emigration seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag feiert, muß nicht die Augen schließen, wenn er einen Hexentanz der Särdegewenster erleben will, die er in seinen Romanen und Dramen geschaffen hat. Am helllichten Tag gehen sie um; aus den Büchern, in die er sie gebannt wählte, steigen sie empor, tausendfach fürchtbarer, als er sie abute und schilderte. Sie haben die Heimat Heinrich Manns aus einem blühenden Kulturzentrum in eine Manufaktur verwandelt, über das Volk, das er liebt, den sternlosen Himmel geistiger Nacht gepannt und bedrohen die Menschheit von neuem mit dem Grauen des Krieges, den zu entlarven und zu überwinden der innerste Sinn jeder Zeile ist, die Heinrich Mann schrieb.

Der „Tyran“ ist da, der sich über seine Mimen schenken erhaben dünkt, weil er über ihr Gut und ihr Leben verfügt. Der „Antertan“ ist da, der nur glücklich sein kann, wenn ihm der Militärfürst eines Befehlshabers im Rücken sitzt. Der „Kopf“, die Schwerindustriellen, Kohlenbarone und Stahlmagnaten, lenken wieder hinter den Kulissen Deutschlands Geschick, machen mit ihresgleichen jenseits der Grenze fette Geschäfte und wollen den deutschen Arbeiter gegen den französischen beugen, auf daß die Dividenden steigen. Der „Professor Inrat“ tobt durchs Land, erzieht die Jugend im Ungeheißer flavischen Gehorsams und bricht selbst die Moralgesetze, die er predigt. Der deutsche Bürger ist wieder auf der „Jagd nach Liebe“, die für ihn eine Jagd nach dem Geld ist, der einzigen „Großen Sache“, die er kennt; eine Jagd, bei der die Ideale der Humanität, der Gerechtigkeit, des Friedens über den Haufen geschofen werden. Und das Reich, das Heinrich Mann

aus dem trägen Schlaf tatloser Duldung zur Erkenntnis des ihm von chauvinistischen Hebern vorgezeichneten Schicksals erwecken wollte, ist wieder



ein „Schlaffenland“ der pseudopatriotischen Propagandamacher und fabeltrafenden Abenteuer geworden, denen Profit und Ehrgeiz alles, Blut und Leben nichts bedeuten.

Sie tragen statt der Wädelhaube den Stahlhelm, statt des Rejehon der wilhelminischen Generale das Patentkreuz. Aber man sage nicht, daß sich sonst nichts geändert habe. Im wilhelminischen Kaiserreich gab es noch Cafen demokratischen Geistes und ein Weltbürgertum, das mit den fernsten Ländern der Erde nicht nur einträgliche kommerzielle, sondern auch befruchtende geistige Verbindungen unterhielt. Es gab eine Tradition bürgerlichen Fortschritts in dem Patrizierhaus in Lübeck, in dem Thomas und Heinrich Mann geboren wurden, wie in allen Hansa-Städten; und es gab die wenn auch verlagten, so doch noch lebendigen Ideale 1789, die Heinrich Mann Ratter aus ihrem französischen Vaterland in ihrem Blut mitbrachte und den Söhnen vererbte. Heute sind auch diese Cafen des Weltgeistes im deutschen Bürgertum vom blutigen Samum der

braunen Barbarei betruichtet worden; die Quellen sind verüet, und Sandwüste dreitet sich ringum.

Mit der geistigen Tradition des Weltbürgertums nahm Heinrich Mann auch die große Tradition des französischen gesellschaftskritischen Romans in sich auf, die von St e n d h a l und V a l g a c zu V i t t o r H u g o und E m i l i e Z o l a führt. Im Jidakturs rast sein Werk durch die Weltgeschichte: in ewiger Umruhe sucht der Dichter immer neue Stoffe, immer neue Formen. Aber eines ist allen seinen Wädem gemein, ob sie, wie viele seiner Novellen, in der italienischen Renaissance spielen, oder im Dalmatien und Italien des neunzehnten Jahrhunderts, wie „Die Göttinnen“, ob sie das Deutschland der Vorkriegszeit schildern, wie der gewaltige Jyllus „Der Antertan“, „Die Armen“, „Der Kopf“, oder die Nachkriegszeit der Schieber und Hemedder („Ein ernstes Leben“, „Rutter Marie“): sie dringen stets in den lebenswichtigsten Kern des gesellschaftlichen Organismus ein und legen die treibenden Kräfte bloß, die zu allen Zeiten um die Seele des Menschen gerungen und Geschäfte gemacht haben: Auf der einen Seite der brutale Egoismus, der als wirtschaftliche Raubtier und als politischer Imperialisismus auftritt, auf der anderen Seite das ewige Ideal einer Humanität, der Leben ohne Gerechtigkeit und ohne Freiheit sinnlos und unwürdig erscheint.

Zwischen den Romanen und Dramen Heinrich Manns liegen politische und literarische Essays, gesammelt in den Bänden „Nacht und Reich“, „Geist und Tat“, „Sieben Jahre“. Die politischen unter ihnen haben mit einer Marschichtigkeit, die heute unheimlich wirkt, den Untergang der deutschen Bürgerrepublik vorausgeahnt, die das wilhelminische Kaiserreich nur scheinbar und äußerlich, aber weder sozial noch geistig überwinden hatte. Die literarischen gelten vor allem französischen Schriftstellern und versuchen eine Kulturbrücke zwischen den beiden Nationen zu schaffen, an deren Verjöhnung oder Feindschaft das Schicksal Europas hängt: Deutschland und Frankreich.

Der schönste dieser Essays gilt Emile Zola. Zu Emile Zolas gigantischem Romangeflüß „Die

Rougon-Macquart“ hat Heinrich Mann in „Antertan“, den „Armen“ und dem „Kopf“ das einzige gleichwertige deutsche Gegenstück geschaffen; wie Emile Zola hat er, als Gerechtigkeit und Menschlichkeit von den Hyänen des Nationalismus bedroht wurden, das Wort auf der Tribüne der Zeit ergriffen, sein Schreibschädel, sondern ein Kämpfer des Tages; und wie Emile Zola mußte er, als der brutale Chauvinismus triumphierte, ins Exil gehen. Auch hier steht er die große Tradition, in die sein Werk und sein Schicksal verflochten sind, fort: Exil ist ihm nicht Zuspruch, sondern eine neue Aufgabe, nicht Wlehe von der Zeit, sondern ein erhöhter innerer Zwang zur Auseinandersetzung mit der Gegenwart. Aus Heinrich Manns Feder stammt die schärfste Abrechnung mit dem Ungeist und der Barbarei des braunen Regimes, die Essays und satirischen Essays des Bandes „Der Hag“; und in seinem letzten Buch, „Die Jugend König Heinrichs IV.“, hat der Dichter in einer Zeit, die alle Forderungen der Menschlichkeit höhnisch verweist, den Uferpunkt und die Geburt der Humanität im geistigen und politischen Leben darzustellen versucht.

Die Herren des Dritten Reiches mögen in ihrer wahrhaftigen Ueberheblichkeit die Stimme eines Dichters verachten, die aus dem Exil zu ihnen dringt, um sie anzuklagen. Der Name V i t t o r H u g o lebt, nicht der Name derer, die ihn vertrieben; der Name Emile Zola hat Glanz, nicht die Namen derer, die ihn ins Exil jagten. An dem Tag, an dem der Spul vorüber sein wird, der ein friedliches Volk in eine blutigerige Herde willenloser Untertanen verwandeln will, wird die Stimme, die heute aus dem Exil ruft, wieder durch die alte Heimat klingen laut und hell. Dann wird das deutsche Volk die Tiefe der Tragik erkennen, die darin liegt, daß die Stimme des Republikaners, Demokraten und Sozialisten Heinrich Mann, des größten deutschen politischen Schriftstellers dieses Jahrhunderts, eine Stimme von morgen bleiben mußte, das Schicksal von heute aber in die Hand seines Gegenspielers, des „Thronen“, gelegt war.

F r i t z R o j e n f e l d.

Prager Zeitung

Ein Schulfest

75jähriges Bestandesfest der deutschen Volks- und Bürgerschulen in Prag

Die staatlichen Volks- und Bürgerschulen in Prag I. feiern heute ihren 75jährigen Bestand. Aus diesem Anlaß hat der Kreisverband der Deutschen in Prag I. bereits die nötigen Vorbereitungen getroffen, um am 5. April 1936 ein Fest im Saale der Restauration „Kotva“ zu veranstalten.

An einem Montag, es war der 21. Oktober 1861, wurde unter dem provisorischen Dir. Franz Sperl die erste deutsche Hauptschule im Leimböden mit nicht mehr als 63 Schülern — auf vier Klassen verteilt eröffnet und vom Hauptlehrer am Leimböden, B. Heinrich, in feierlicher Zeremonie eingeweiht. Im Jahre 1863 bezog dann die Schule ihre Räumlichkeiten in der Raasd 1000, wo sie sich noch heute befindet. 1875 die Schule zu einer Bürgerschule für Knaben und Mädchen erhoben. Bis 1877 war die Anzahl der Schulklassen bis auf 33 gestiegen. Wegen der außergewöhnlich hohen Frequenz — 1878 zählte man 2640 Schüler — mußte die Anzahl in vier Gebäuden untergebracht werden, was ihr in einer Wiener Schulzeitung die Bezeichnung „Kiefern- und Birnenschule“ eintrug. Am 20. September 1920 fand die Trennung der Anabenerbürgerschule von der Anabenerbürgerschule statt, zu gleicher Zeit wurden die Anabener- und Mädchenbürgerschule in Prag I. vereinigt und die Anabener- und Mädchenbürgerschule in Prag I., der Leitung des Hauptlehrers Franz Kubisch unterstellt. Mit rückwirkender Gültigkeit vom 1. Jänner 1921 wurde die hiesige Bürgerschule als Minderheitschule in staatliche Verwaltung genommen und 1927/28 die Teilung in zwei selbständige Anstalten, in eine Anabener- und in eine Mädchenbürgerschule, jede unter selbständiger Leitung, angeordnet. 1931/35 wurde zum einjährigen Lehrfuge eine Parallele errichtet und die Trennung nach Geschlechtern durchgeführt. — Von den verdienstvollen Lehrkräften und den leitenden Persönlichkeiten, sowie all denen, die ebenfalls aus reinem Idealismus dem Wohle und Gedeihen der Anstalt sich zutiefst verpflichtet fühlten, können an dieser Stelle leider nur einige wenige mit Namen genannt werden: es sind dies: Dir. Franz Sperl, Dir. Franz Fieger, Dir. Moritz Mautner, Dir. Theobald Illmann, Dir. Lazar Margolis, Dir. Franz Kubisch, Dir. Alex. Slabikowski, Herr Oberlehrer Leopold Pfaufer, Herr Oberlehrer Th. Boesch, die der jetzigen Mädchenbürgerschule vorstehende Frau Dir. E. Sartori und der seit 1. Juli 1933 im Rang eines Minderheitschulinspektors stehende Herr Inspektor Josef Schmidt, der mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1935 auch zum definitiven Direktor der Minderheits-Anabenerbürgerschule bzw. der jetzigen staatlichen Anabenerbürgerschule in Prag I. ernannt wurde. Dies für Prag so seltene Ereignis, das langjährigem Engagement und deutschem Bildungswillen ein ehrendes Standbild setzt, verdient von der breiten Öffentlichkeit beachtet und durch zahlreichen Besuch der obenwähnten Veranstaltung entsprechend gewürdigt zu werden.

Zusammenbruch einer Prager Bank

Das Prager Bankgeschäft B. T. Krása ist zusammengebrochen. Der Chef der Firma, B. T. Krása, ist, ehe die Verhandlung des Konkurses verfaßt werden konnte, ausgerückt. Die Prager Polizeidirektion hat durch den Kriminalrundfunk an alle Polizeidirektionen der Welt das Ersuchen gerichtet, den Krása zu verhaften. Ausgewiesen sind der Disponent des Bankhauses Wilhelm Vid und der Kassierer Karl Horn verhaftet, die Geschäftsräume besiegelt, die Bücher beschlagnahmt worden. Die Passiven der Bankfirma werden auf 14 bis 16 Millionen Kč geschätzt, denen Aktiven so gut wie gar nicht gegenüberstehen; nur 10.000 Kč wurden vorgefunden. Bei den Geschädigten, die zusammen den Millionenverlust zu tragen haben, handelt es sich zum Teil um Leute, die, um durch Börsenspekulationen zu einem Vermögen zu kommen, sich mit kleineren Bankgeschäften in Verbindung leben. Die Firma war Mitglied der Prager Effektenbörse. Es wurden bei ihr von der Bundesbank namhafte Beträge in Bargeld und Wertpapiere als Deckung für die Spekulationsgeschäfte hinterlegt. Das alles ist

Bezirksorganisation Prag der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Freitag, den 27. März, acht Uhr abends, im Gewerkschaftshaus Prag I., Perstn.

Mitgliederversammlung

Tagesordnung:

Die europäische Krise und der Sozialismus.

Referent: Genosse Dr. Emil Strauß.

verloren; ebenso hat der Staat mit Steuerforderungen das Nachsehen.

Der Firmendirektor des Bankgeschäftes war schon vor 13 Jahren in unglücklicher Bankmanipulationen verwickelt, die ein Strafverfahren mit Verurteilung zur Folge hatten. Er ging darauf nach Paris; verlegte aber nach einigen Jahren das Feld seiner Tätigkeit wieder nach Prag. Hier hatte er mehr Glück, wie die Millionenverluste seiner Klienten beweisen. Bei der Polizei laufen jetzt Anzeigen ein: Der Kaufmann Ries aus Neutischitz ist danach um mindestens 120.000 Kč geschädigt; der Fabrikant J. B. aus Neretin um 87.000 Kč. Die Börsenkommission erklärt, daß das Bankgeschäft Krása feinerget auf Empfehlung einer Groß- und einer Mittelbank als Mitglied der Börsenkommission aufgenommen worden sei.

Von der Wälschemauer gerettet. Zwei Frauen, die gestern nachmittags in die Mangelanstalt der 30jährigen Marie Čhřpa aus Ruzice kamen, fanden diese vom beweglichen Teil der Mangel in der Mitte des Körpers, an die Wand gequetscht. Dabei war die Mangel noch immer in Bewegung. Die Čhřpa wurde, nachdem sie befreit worden war, von der Rettungsgesellschaft ins allgemeine Krankenhaus gebracht, doch aber am Wege an ihren schmerzhaften Verletzungen. Wie es zum Unglück gekommen ist, ist nicht ganz klar; wahrscheinlich dürfte die Čhřpa ausgerückt sein. Die Leiche wurde ins Institut für gerichtliche Medizin gebracht.

Einrichtung für Alieger-Alarm in Prag. Im Rahmen des Ausbaues der Luftabwehr der Hauptstadt Prag wird am Montag, den 30. März, zum ersten Male die Prager Alarm-Einrichtung gegen Luftangriffe ausprobiert werden. Die erste Batterie der Prager Alarm-Sirenen ist auf dem Dache des Hotels „Kra“ untergebracht. Der Kommandant der zweiten Luftabwehr der Hauptstadt Prag, der erste Leutnant-Stellvertreter Dr. Štilha, wird auf diese Weise den ersten Versuch der Möglichkeit eines schnellen Alarms in der Hauptstadt durchführen, wie er bereits in allen europäischen Großstädten eingeführt ist; insbesondere die Alarmversuche in London und Paris zeigen, daß sich mit Sirenen von hoher Leistungsfähigkeit der Alieger-Alarm in einem Umkreise von zehn und mehr Kilometer leicht durchführen läßt.

Das Schloß „Kováč“ wird für die breitere Öffentlichkeit ab 1. April 1936 wiederum zugänglich sein, u. zw. am Mittwoch und Samstag, sowie an Sonntags- und Feiertagen von 14—17 Uhr. Eintritt: Erwachsene 50 Heller, Kinder 30 Heller.

Bei der diesjährigen Hauptversammlung des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen, die am Freitag, den 27. März, um 8 Uhr abends im Bankensaal des Deutschen Hauses stattfindet, spricht der Ausschussmitglied Universitätsprofessor Dr. Anton Ernsberger über „Böhmen in der Zeit des Gustav Adolf“. Gäste sind herzlich willkommen. Der Geschichtsverein, der im nächsten Jahre auf einen 75jährigen Bestand zurückblickt, will bei dieser Hauptversammlung nicht nur seinen Mitgliedern, sondern zugleich der breiten Öffentlichkeit Rechenschaft über seine Tätigkeit und Ziele geben.

Die Reform des Rechtsstudiums. Heute 19 Uhr 30 werden über dieses Thema im Rahmen eines im großen Saale des Einheitsverbandes in Prag II, Na Jholenci 18, stattfindenden Diskussionsabends Prof. Dr. Heinrich Rauchberg von der juristischen Fakultät der Deutschen Universität und Prof. Dr. Ctislav Sommer von der juristischen Fakultät der Karls-Universität sprechen. An die Vorträge wird sich eine freie Aussprache anschließen. Die Veranstaltung geht von dem Gewerkschaftlichen Studentenverband, von der Deutschen Hochschülervereinschaft und der ebenfalls zum Einheitsverband gehörenden Sektion der Angestellten von Anwälten und Notaren aus. Der Eintritt ist für jedermann frei.

Aufklärung über eine Sammlung. Die Deutsche Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge, Reichsberg, schreibt uns: „Wie wir erfahren, wird in Prag im Rahmen der Jugendfürsorge von Haus zu Haus gesammelt. Wir bemerken dazu, daß weder die Landeskommission für Kinder- und Jugendfürsorge noch die Prager Hauptstelle für Kinder- und Jugendfürsorge Hausbesuche in Prag durchführt, so daß es sich wahrscheinlich um einen Mißbrauch des Namens der Jugendfürsorge handelt. Nur im Kinderfürsorge-Monat Oktober wird mit Genehmigung der Behörden durch die Schulen für die Deutsche Jugendfürsorge gesammelt.“

Kunst und Wissen

Konviten-Konzert. Die Werbefongierte für die zeitgenössischen Tonseher und ihre Kompositionen sind in der letzten Zeit Mode geworden. Nach einem tschechischen Konvitenkonzert der Musiksektion des Tschechischen Künstlervereins und einem tschechischen Komponistenabend des Prager Deutschen Theaters hat nun auch die rührige Musikgruppe des Vereines bildender Künstler „Mareš“ ein Konviten-Konzert veranstaltet, das sogar deutsche und tschechische zeitgenössische Tonkünstler in nachdememwertiger Kunstverbundenheit zeigte. Die Neudeuten dieses Konzertes waren: Eine Kammermusik für Cembalo und sieben Instrumente von dem Deutsch-Prager Dux Štřaša, eine weder besonders einfallsreiche noch besonders originelle, das Cembalo im rein tschechischen Sinne der älteren Kunstform behandelnde Komposition, einige

launige Lieder (nach Texten Goethes und Villons) von Paul Štřaša, ein symphonisches Gedicht von Jaroslav Řeř, eine dreifache, durch eine rhythmisch feinerde Toccata ausgezeichnete „Hundertkants“ von B. Bartoš, eine etwas kurzatmig wirkende Konzertante Musik für Klavier und Blasinstrumente von J. Krejčí und ein impressionistisches Rondo von Bohuslav Martinu. Die liebesvoll-sorgfältige musikalische Gefamileitung des Konzertes lag in den Händen des ausgezeichneten Kapellmeisters Dr. W. Smetáček; seine Solisten waren der deutschprager Cembalist Franz Štřaša, der tschechische Pianist Wenzel Šolajtněch, der Baritonist des Nationaltheaters Jindřich Otava und das „D. O. K.“-Orchester.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Freitag, halb 8 Uhr: Esfirata, D. 2. — Samstag halb 8: Gaspard und die Nachtigall. (Abonnement aufgehoben.) — Sonntag halb 3: Unerwartete Besuche. — Montag halb 3: Der Kojenka-Kavalier, D. 2.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag 8 Uhr: Kanašagin, vollständige Vorstellung. Samstag halb 8 Uhr: Dr. med. Štěpán Prátorius, Erstaufführung. — Sonntag 11: Tanzmatinee Šaška Leonie, 3 Uhr: Was für ein Mann! 8: Dr. med. Štěpán Prátorius.

Aus der Partei

Achtung, Kollegen! Samstag sind alle Kameradschaften im Parteibeim (Károlyi 4). Beginn 4 Uhr. Um 5 Uhr Familien-Generalversammlung. Es sprechen die Genossen Ernst Paal und Kubi Štěpán. — Debatte um halb 7 Uhr, Parteibeim.

Unentgeltliche Beratungsfunden

der Arbeiterfürsorge finden jeden Samstag von 5—7 Uhr im Verein deutscher Arbeiter, Smetlagasse Nr. 27, statt.

Anglo-Čechoslovakische und Prager Creditbank

Der Verwaltungsrat der Anglo-Čechoslovakischen und Prager Creditbank hielt am 26. März 1936 die Bilanzsitzung ab, in welcher der Rechnungsabschluss für das Geschäftsjahr 1935 vorgelegt wurde. Der Abschluß weist einen Bruttogewinn von Kč 55.299.548,70 aus. Nach Abzug der Verwaltungsauslagen, Steuern, Gebühren und Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von Kč 805.454,80.

Der beiliegende Erlagschein ist zur Bezahlung der Abonnementsgebühren zu verwenden!

Wer im Rückstande bleibt, schädigt die Partei und deren Presse

Die Verwaltung

Der Film

W. W. Babst nach Moskau. Der deutsche Weltberühmte W. W. Babst, der Schöpfer der unersetzlichen Filmes „Nameradschafft“, „Die Dreizehn Ueberlebenden“, „Hier von der Infanterie“ usw. leitet ein Angebot aus Moskau folge, nach welchem er ein tschechisches Hollywood organisieren soll. — Babst ist bekanntlich seit drei Jahren in Deutschland nicht mehr tätig.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Gasmittel“ sind nicht zu unterschätzen! Sie beruhen meist auf jahrhundertalten Erfahrungen und lehren Endes geht ja auch die Zusammensetzung aller modernen Präparate auf die langherprobte Wirkung solcher Mittel zurück! Wir Recht wird darum ein guter Franzbranntwein, also der Alpen Franzbranntwein hochgeschätzt: als Einreibungsmittel und Massagemittel, als Desinfektions- und Schmerzberuhigungsmittel leistet er in zahlreichen Fällen ganz außerordentlich wertvolle Dienste!

Urania-Kino, Klimentská 4.

Fernsprecher 6183.

„Die blonde Carmen“

Ein lustiger Film.

Bilanzkonto

| | Kč | Kč |
|--|------------------|-------------------|
| Aktiva: | | |
| Vorbekände, sofort fällige Forderungen bei | | |
| a) Geldinstituten, ČL, Staatsbons- und ČL | | |
| b) Staatsanleihen | | 290.552.424,55 |
| c) Devisen und Schecks in fremder Währung | | 19.937.534,45 |
| d) Wechsel | | 135.527.529,40 |
| Effekten: | | |
| a) čechoslovakische | 430.074.093,20 | |
| b) ausländische | 16.191.175,70 | |
| c) fällige Kupons und verlorne Werte | 1.258.669,60 | |
| Beleihungen | | 73.000.000,— |
| Debitoren: | | |
| a) durch Wertpapiere gedeckt | 44.617.185,80 | |
| b) Forderungen bei ausländischen Banken und Bankiers | 94.910.647,70 | |
| c) sonstige | 1.820.177.371,03 | 1.959.705.404,53 |
| Immobilien und Inventar | | 75.846.294,53 |
| Transitorische Aktiva | | 14.015.797,70 |
| Durchlaufende Posten | | Kč 363.236.312,90 |
| Summe | | 3.016.459.515,— |
| Passiva: | Kč | Kč |
| Eingezahltes Aktienkapital | | 120.000.000,— |
| Reserven | | 18.137.894,— |
| Pensionsfonds der Angestellten | | 62.329.600,20 |
| Einlagen: | | |
| a) gegen Einlagebücher | 639.557.006,55 | |
| b) gegen Kassenheime | 174.984.000,— | 1.034.541.006,55 |
| Kreditoren: | | |
| a) Geldinstitute | 720.842.515,90 | |
| b) sonstige | 1.036.574.104,30 | 1.757.416.620,20 |
| Nicht eingelöste Kupons von Aktien eigener Emission | | 19.924,— |
| Transitorische Passiva | | 23.149.014,95 |
| Durchlaufende Posten | | Kč 363.236.312,90 |
| Reingewinn des Jahres 1935 | | 805.454,80 |
| Summe | | 3.016.459.515,— |

Gewinn- und Verlustkonto

| | Kč | Kč |
|--|---------------|----------------|
| Lasten: | | |
| Zinsen | | 104.277.192,10 |
| Kosten: | | |
| a) sachliche Verwaltungsauslagen | 6.170.150,15 | |
| b) persönliche Verwaltungsauslagen | 43.723.474,70 | 49.893.654,85 |
| Steuern, Gebühren und gesetzliche Beiträge | | 2.464.340,03 |
| Abschreibungen an Immobilien und Inventar | | 2.076.099,— |
| Reingewinn des Jahres 1935 | | 865.454,80 |
| Summe | | 159.576.670,80 |
| Erträge: | | |
| Zinsen | | 134.024.575,00 |
| Provisionen | | 18.158.778,30 |
| Verchiedene Gewinne | | 7.393.316,90 |
| Summe | | 159.576.670,80 |

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch d. Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei späteren Einschaltungen Preisnachlass. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einreichung der Retourmarken. — Die Zeitungsfabrikation wurde von der Volk- und Zeitungsgraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.609/VII/1936 bewilligt. — Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-K.G., Prag.